

Wöchentlich 75 Pf., monatlich 2,25 R.,
(davon 27 Pf. monatlich für Zustel-
lung ins Haus) im voraus zahlbar.
Vierteljahr 9,75 R., einschließlich 60 Pf.
Postgebühren- und 72 Pf. Postbesteller-
gebühren. Halbjahresabonnement 18,00 R.,
per Postamt für Länder mit ermäßig-
tem Briefporto 4,65 R.

Der „Vorwärts“ erscheint wochent-
lich zweimal, Sonntags und Montags
einmal, die Abendausgabe für Berlin
und im Handel mit dem Titel „Der
Abend“, Inklusiv zum Sonntagsbeilage
„Voll und Zeit“.

Vorwärts

Berliner Volksblatt

Dienstag
26. Januar 1932
Groß-Berlin 10 Pf.
Auswärts 15 Pf.

Die einseitige Millimeterzeile 20 Pf.,
Zweizeile 30 Pf., „Kleine An-
zeigen“ das festgedruckte Wort 20 Pf.,
Zusätzlich zwei festgedruckte Worte, jedes
weitere Wort 10 Pf., Rohart 11. Tarif.
Worte über 15 Buchstaben zählen für
zwei Worte. Adressmarkt Millimeter-
zeile 25 Pf., Familienanzeigen Milli-
meterzeile 16 Pf., Anzeigenannahme
im Hauptgeschäft Lindenstraße 3,
wöchentlich von 8^{1/2} bis 17 Uhr.
Der Verlag behält sich das Recht der Ab-
rechnung nicht genehmiger Anzeigen vor!

Zentralorgan der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands

Redaktion und Verlag: Berlin SW 68, Lindenstr. 3
Fernspr.: Dönhoff (A 7) 292-297. Telegramm-Adr.: Sozialdemokrat Berlin.

Vorwärts-Verlag G. m. b. H.

Postfachkonto: Berlin 37 536. — Bankkonto: Bank der Arbeiter, Angestellten und
Beamten, Lindenstr. 3. Dt. P. u. Disz.-Geld. Depositent., Jerusalemstr. 65-66.

Eiserne Front für Volksrechte gegen Diktatur!

An alle deutschen Männer und Frauen freiheitlicher Gesinnung!

Vorbei sind die Monate der bloßen Verteidigung und Abwehr! Das Deutschland der Republik und Demokratie steht auf für Volksrechte gegen Diktatur. Widerstandswille ist aufgeflammt in allen deutschen Gauen. Es hat keiner Propagandakünste und keiner Befehle bedurft. Ein Anstoß — wenige organisatorische Hammerschläge genügen: in Stadt und Land wuchs empor die

Eiserne Front für Volksrechte gegen Diktatur!

Neben die Einheiten des Reichsbanners Schwarz-Rot-Gold traten die Arbeitersportler und in den Betrieben formieren sich alle freiheitlich gesinnten Gewerkschafter als Hammerschaften der Eisernen Front.

Eine Millionennarmee — nicht für gewaltsame Angriffe, sondern wider alle Bürgerkriegspläne! Die Existenz dieser durch eine wahre Volkserhebung aufgerichteten Eisernen Front muß jeden Gedanken auf Raub politischer, gewerkschaftlicher und kultureller Freiheiten ersticken.

Die Eisernerne Front ist keine Parteisache und will nicht eine Partei sein. Ihr Dienst gilt der bedrohten Freiheit des deutschen Volkes, der Erfüllung der Verheißungen in der Verfassung von Weimar.

Viele bittere Tage, harte Wochen und schwere Monate der Abwehr und des Ausharrens liegen hinter uns. Bis in die Fundamente hat eine unerhörte Krise die deutsche Wirtschaft erschüttert, Industrie, Handel und Gewerbe sowohl wie Landwirtschaft. Millionen der besten deutschen Arbeiter, darunter hunderttausende Kriegsteilnehmer, stehen an den Stempelstellen; mit ihnen sind hochqualifizierte Angestellte, Techniker und Ingenieure zu qualvollem Feiernüssen verurteilt. Tausende und aber Tausende junger, arbeitsdurstiger Männer und Frauen der freien Berufe sehnen den Tag herbei, der ihnen Gelegenheit gibt, die in jahrelangen Studien erworbenen Kenntnisse zu ihrem und des deutschen Volkes Nutzen zu verwerten. Sie alle loben von kärglicher Unterstützung oder sind angewiesen auf die Hilfe ihrer Familien.

Wer ist noch sicher, daß nicht auch ihn und seine Familie die Lawine der Wirtschaftsnot in den Abgrund reißt?

Der Arbeiter nicht und nicht der Angestellte. Der Bauer nicht und nicht der Handwerksmeister. Kein Unternehmer mehr — und sei er ein persönlich noch so einsichtiger und tüchtiger Mann — hat die Sicherheit, seinen Betrieb aufrechterhalten zu können. Ist ein Volk in Not, trifft's auch die Beamten in Reich, Staat und Gemeinden.

Diese Zeit der Not wird seit Jahr und Tag verlängert und verschärft von herrschsüchtigen Egoisten, die für die Massen des Volkes zu Arbeitslosigkeit, zu Lohn- und Gehaltsabbau auch noch den

Raub der Rechte eines freien Staatsbürgers

fügen wollen. Mit Millionen, die von Lohn und Gehalt abgezogen wurden, sind Bürgerkriegsarmeen aufgestellt und ausgerüstet worden; ganze

Schwärme von Schwadronneuren werden durch Stadt und Land geschickt; wird Propaganda bezahlt, die als „Retter“ die Verderber Deutschlands anpreist. Der Kampf Deutschlands um Aufhebung der würgenden Reparationszahlungen ist jenen Leuten nur ein Mittel zur innerpolitischen Verhetzung.

Ein Volk, das sich durch Drohung mit Gewalt und bezahlte Demagogie das Recht der Selbstregierung nehmen läßt, wird nie die äußere Freiheit erringen und erhalten können.

Im Hitlerismus hat sich diese wirre Zeit einen gewalttätigen Götzen gegeben. Scharlatane fordern die unumschränkte Herrschaft über Leben und Tod, Arbeitskraft und Eigentum aller Deutschen. Nicht die Spur einer schöpferischen Idee — nichts weiter als Blutphantasien hat der sogenannte Nationalsozialismus aus eigenem hervorgebracht.

Großes steht auf dem Spiel — Großes muß von allen freiheitlich gesinnten Männern und Frauen in den kommenden Wochen und Monaten gefordert und geleistet werden.

In allen Bezirken des Reiches muß bis zum 21. Februar 1932 die Eisernerne Front formiert sein!

Kundgebungen am 21. Februar in ganz Deutschland
müssen Freunden und Gegnern die Wucht und Kraft der Eisernen Front sinnfällig vor Augen führen.

Gewaltige Geldmittel stehen den Feinden des Staates von Weimar zur Verfügung. Sie hoffen, durch Riesenaufwand an Propaganda die Demokratie niederringen zu können. Auch diese Spekulation wird und muß fehlschlagen. In allen Bezirken sind unverzüglich Maßnahmen zur Durchführung einer

Rüstwoche der Eisernen Front

zu treffen und öffentliche Sammellisten aufzulegen.

Es gilt, der Zerstörung von Deutschlands letzter Wirtschaftskraft Einhalt zu tun; jetzt heißt es, die gewaltigen Energien, die allein die Demokratie zu entfesseln vermag, für die wirtschaftliche Gesundung Deutschlands einzusetzen. Voraussetzung dafür ist der Sieg der politischen Vernunft über die Propheten des Chaos.

- Eiserne Front für soziale Gerechtigkeit!**
- Eiserne Front für wirtschaftliche Gesundung!**
- Eiserne Front für außenpolitische Freiheit, Frieden und Völkerverständigung!**
- Eiserne Front wider alle Feinde der demokratischen Republik!**
- Eiserne Front für Volksrechte gegen Diktatur!**

BERLIN, den 25. Januar 1932

Die Reichskampfleitung der Eisernen Front!

Die Stimme der Internationale.

Eine Entschließung der Kölner Sitzung der SAJ.

Köln, 25. Januar. (Eigenbericht.)

Am Sonntag und Montag tagte in Köln das Büro der Sozialistischen Arbeiter-Internationale. Deutschland war vertreten durch Rudolf Breitscheid, Rudolf Hilferding und Otto Wels; Belgien durch de Broekere, Emil Vandervelde, Frankreich durch Léon Blum, Alexander Brade und Jean Longuet, Großbritannien durch William Gillies, Holland durch Wacha, Italien durch Rodigliani, Oesterreich durch Otto Bauer, Rußland durch Dan, Schweden durch Gustav Moeller, die Schweiz durch Robert Grimm. Außerdem waren anwesend der Sekretär Friedrich Adler und der Kassierer Josef van Rosbroed.

Das Büro der Arbeiter-Internationale nahm folgende Entschließung an: „Die Arbeitslosigkeit und der Lohndruck werden in der ganzen kapitalistischen Welt durch die internationale Arbeitslosigkeit immer mehr verschärft. Diese Krise kann nicht überwunden werden ohne die Befreiung der Weltwirt-

schaft von dem Druck der politischen Schulden, ohne die Eindämmung der Fiskalpöpie, die immer mehr verschärft werden und ohne eine internationale Kooperation zur Wiederherstellung beständiger Währungen. Angesichts dieser Lage stellt das Büro der Sozialistischen Arbeiter-Internationale fest:

Selbst die Regierungen der unmitelbar betroffenen Länder stellen fest, daß Deutschland bei der gegenwärtigen Lage der Dinge nicht in der Lage ist, die Verpflichtungen zu erfüllen, die es im Young-Plan übernommen hat. Andererseits würden die Staaten, die Kriegsschulden an die Vereinigten Staaten von Amerika zu zahlen haben, in eine unerträgliche finanzielle Lage geraten, wenn sie zwar die deutschen Zahlungen nicht mehr erhalten, aber ihre Zahlungen an die Vereinigten Staaten von Amerika weiterleisten müßten.

Weder dürfen internationale Verträge einseitig zerrissen, noch zur Erzwingung ihrer Erfüllung Druck oder Gewalt angewendet werden, deren für alle furchtbaren Folgen

die Ruhrbesetzung gezeigt hat und gegen die sich schließlich die Sozialistische Arbeiter-Internationale einmütig wenden würde.

Die Fragen der Abrüstung, der Reparationen und der Kriegsschulden, deren Streichung die Sozialistische Arbeiter-Internationale stets verlangt hat, sind finanziell und politisch zu eng verknüpft, als daß eine endgültige Regelung ohne Gesamtlösung möglich wäre.

Die der Sozialistischen Arbeiter-Internationale angehörenden sozialistischen Parteien Europas müssen daher wie bisher Druck auf die Regierungen und die Parlamente ihrer Länder ausüben, damit sich die europäischen Staaten über einen Plan zum Wiederaufbau der Wirtschaft, über die Eindämmung des Protektionismus und über ihre Zusammenwirkung zur dauernden Stabilisierung ihrer Währungen verständigen und die Annulierung der Kriegsschulden erlangen.

Solche Lösungen werden nur dann erreichbar sein, wenn es den sozialistischen Parteien gelingt, bei den bevorstehenden Wahlen den Nationalismus in Deutschland einzudämmen und die nationalistische Reaktion in Frankreich zu zerschlagen. Die Verständigung zwischen Deutschland und Frankreich im Einvernehmen mit Großbritannien blickt die wichtigste Voraussetzung der Abwendung nicht nur der größten Gefahr für den Weltfrieden, sondern auch der schwersten Hindernisse der Wiederherstellung der Weltwirtschaft.“

Mittwoch, Kundgebung im Sportpalast

20 Uhr: Es sprechen: Paul Faure (Frankreich), Marie Juchacz, Pietro Nenni (Italien), Paul Löbe

Trepiranus ist los!

Notverordnung gegen Reichsminister fällig!

Der Reichsminister Trepiranus liebt es, die Welt von Zeit zu Zeit durch seine geistigen Leistungen in Erstaunen zu setzen. Darum hat er jetzt wieder einen Artikel geschrieben.

In diesem Artikel erzählt er, wie schlecht alles in Deutschland gewesen ist — bis zum März 1930.

Zwölf Jahre lang hatten wir eine „absolute Herrschaft der Parteien, Parlamentarier und Interessenten“. Und weiter:

Die notwendige Einstellung auf einen organischen Umbau des Staates war versäumt worden. Für den national gefährdeten Osten, für die Landwirtschaft insgesamt, bei der ja die Krise am ersten ausbrach, wurde nur zögernd Hilfe geboten. Der Freiheits- und Wehrwille der Nation wurde geschwächt, ob gewollt oder ungewollt, bliebe offen. Kulturbolschewistische Propaganda machte sich immer breiter und zerstörte die christlichen Grundlagen des deutschen Lebens. So stand bei den außenpolitischen Verhandlungen kein lebenskräftiger Wille hinter den Unterhändlern.

„Wie denn, was denn?“ fragt der Leser erstaunt. Hatten wir im März 1930 nicht schon fünf Jahre Hindenburg? War nicht das Zentrum die ganze Jahre in der Regierung ausschlaggebend und zuletzt an der Spitze?

Hatte es nicht auch deutsche nationale Minister die schwere Menge gegeben: Ranig, Schiele, Schlieben, Neuhaus, Reudell, Hergt usw.? Hatte nicht der Volksparteiler Stresemann der Außenpolitik seinen Stempel aufgedrückt? Und trotzdem „nur zögernde Hilfe für die Landwirtschaft“? Troh dem „Kulturbolschewismus“? Troh dem „kein lebenskräftiger Wille in der Außenpolitik“?

„Wie denn, was denn?“ fragt der Leser erstaunt. „Was ist denn im März 1930 groß anders geworden?“ Ja, merkt du es nicht? Im März 1930 wurde doch Trepiranus zum Minister ohne Portefeuille ernannt! Und seitdem wird die Welt schöner mit jedem Tag. Wir merken es alle!

Seit Trepiranus Minister ist, haben wir eine Regierung „unabhängig von Parteiwang“. In der Außenpolitik ist „der Kurswechsel vollzogen“. „Schluß wurde mit der Unterwerfung unter Interessentenwünsche gemacht!“ (Das klingt besonders gut für den, der weiß, daß sich bei der Verabschiedung der Vierten Notverordnung sogar der Reichstanzler den Interessentenwünschen der Arbeitgeberverbände beugen mußte!) Außerdem besteht „keine Herrschaft der Parteien mehr“. Kurzum — das spürt jeder in seinen Knochen —, wir gehen wieder einmal herrlichen Zeiten entgegen!

Wir fragen den Herrn Reichstanzler: Uebernimmt er für die gehäuften Taktlosigkeit seines Kollegen Trepiranus die Verantwortung? Ist es richtig, daß er einen Kurswechsel in der Außenpolitik vollzogen hat, und worin besteht er? Ist ferner das Reichskabinett mit Herrn Trepiranus einig in der Absicht, einen „Rückfall in den Parlamentarismus“, das heißt die Wiederherstellung normal-verfassungsmäßiger Zustände, zu verhindern?

Oder ist der Reichstanzler vielleicht mit uns einig in der Ueberzeugung, daß eine Notverordnung gegen Minister, die den inneren Frieden gefährden, das Gebot der Stunde ist? Dann gehe er zum Reichspräsidenten!

Konferenz der Unterrichtsminister.

Am Donnerstag bei Groener.

Zu Donnerstag, den 28. Januar, hat Reichsinnenminister Groener, der bereits vor einigen Wochen eine Konferenz mit den Innenministern der Länder abgehalten hatte, eine Konferenz der Unterrichtsminister einberufen. Hauptthema dieser Besprechung soll sein, die Entpolitisierung der Schulen.

Hoffentlich wird man vor allem darüber beraten, wie man den um sich greifenden skandalösen Zuständen an den Hochschulen — siehe Halle, Berlin usw. — wirksam entgegenzutreten will.

Auskehr bei der KPD.

Das gesamte Zeitungspersonal entlassen.

Frankfurt a. M., 25. Januar. (Eigenbericht.)

Nach dem Wechsel im Bezirkssekretariat der kommunistischen Partei Hessen-Frankfurt ist nun auch im Frankfurter Zeitungsbetrieb der kommunistischen Partei „reiner Tisch“ gemacht worden. Dem gesamten technischen Personal der Frankfurter kommunistischen „Arbeiter-Zeitung“ ist mit achtstägiger Frist gekündigt worden. Als Begründung wurde mitgeteilt, daß die Abonnenten im Bezirk Hessen-Frankfurt künftig das Rheinheimer kommunistische Blatt zugestellt erhalten.

Redeverbot für Goebbels. Der Reichspräsident hat dem Weingarten Goebbels wegen Beschimpfung der Polizei bei seiner Vernehmung im Kurfürstendamm-Prozess am Sonnabend verboten, in einer nationalsozialistischen Versammlung am Montagabend als Redner aufzutreten.

Dr. Marion Phillips, die Leiterin des Frauenorganisationskomitees der englischen Arbeiterpartei, ist nach längerer Krankheit an den Folgen einer Operation gestorben. Sie war in Melbourne (Australien) geboren und gehörte dem letzten Parlament an. Sie war die Seele der Frauenbewegung in der Labour Party.

Hans M. Warburg, der amerikanische Bankier, der seinerzeit der Finanzberater Wilsons war, ist in New York gestorben. Er war der Bruder des Hamburger Bankiers Max Warburg und hat an der Wiederanbahnung der Finanz- und Wirtschaftsbeziehungen nach dem Kriege zwischen seiner alten und seiner neuen Heimat führenden Anteil genommen.

Das Saargebiet wählt am 13. März seinen Landesrat neu. Er hat nur das Amt eines Gutachters für die Regierung, die vom Weingarten ernannt wird. Der gegenwärtige Landesrat wurde 1928 gewählt und leht sich so zusammen: Zentrum 14, Sozialdemokraten 5, Kommunisten 3, Kommunistische Opposition 2, Deutsch-Sozialistische Volkspartei 3, Sozialistische 1, Christlich-Soziale 1 und Wirtschaftspartei 1 Sitz.

Aus der Dunkelkammer Lahusens

Sensationelles Geheimschreiben des Bremer Wollkönigs.

In Bremen hat heute der Aufstuf zu dem Konkursprozess gegen die Wirtschaftsverbrecher Lahusen eingeleitet. Die Große Strafkammer unter Vorsitz des Landgerichtsdirektors Penne untersucht auf Antrag der Verteidiger von Karl Lahusen im Haftprüfungsstermin die Frage, ob nach den bisherigen Feststellungen und Untersuchungsergebnissen noch Verdunkelungsgefahr besteht.

Im Verlaufe dieses Termins wird auch die Frage geklärt werden, ob neben der Anklage auf Bilanzverschleierung von der Staatsanwaltschaft auch Anklage wegen Konkursverbrechen erhoben wird. Der am Sonnabend veröffentlichte 3. Bericht des Konkursverwalters wird dem Gericht hierzu wichtiges Material liefern. Außerdem hat sich die Staatsanwaltschaft von der Deutschen Treuhand Aktien-Gesellschaft in Berlin über den gesamten Komplex der Lahusen-Geschäfte ein Gutachten ausarbeiten lassen, das fünf Bände umfaßt.

Wir haben gestern bereits Einzelheiten aus dem neuen Bericht des Konkursverwalters veröffentlicht, die einen Einblick in die gewissenlosen Geschäftspraktiken des Nordwollkonzerns haben. In Ergänzung hierzu veröffentlichen wir

einen Geheimbrief des verantwortlichen Konzernherrschers Karl Lahusen

an den Direktor des holländischen Verschleißbahnhofs, der Gesellschaft Ultra Mare, der ein geradezu sensationelles Beweisstück für die Gerissenheit und Gewissenlosigkeit des „Bremer Handelskammerpräsidenten Karl Lahusen“ bildet. Wir geben diesen Brief im Wortlaut wieder:

G. Carl Lahusen
Norddeutsche Wollkammerei
und Kammgarnspinnerei

Bremen, den 2. Dezember 1930.
Postamt Nordwollkammerei.

Direktion

Streng vertraulich!
Persönlich!

Herrn

J. von Gosen
Handelsmaatschappij Ultra Mare

Amsterdam

Lieber Herr von Gosen!

Kurzweiligerweise habe ich gestern vergessen, die folgende Angelegenheit mit Ihnen zu besprechen. Ich teile die Einzelheiten nur Ihnen mit, da es sich um eine ganz vertrauliche Sache handelt. Ich darf Ihnen überlassen, was Sie davon für gut und notwendig befinden, Herrn Trebbe mitzuteilen:

Da unser Debitaldo bei der Darmstädter und Nationalbank unter heutigen Verhältnissen reichlich hoch erscheint, obwohl der uns zugesagte Kredit nicht in voller Höhe ausgenutzt ist, haben wir von der Staatshauptkasse Bremen 10 000 000 Mark bis Ende nächsten Jahres bekommen und diese an die Danabank abgeführt.

Die Hergabe des Geldes seitens des Staates muß natürlich geheim gehalten werden, da sonst politische Schwierigkeiten für die leitenden Herren, die auf Grund von persönlichen Beziehungen für die Sache gewonnen werden konnten, entstehen könnten.

Ich habe nun natürlich den Wunsch, diesen Betrag über das Konto der Hum laufen zu lassen, um den hohen Debitaldo der Hum bei der RMA zu drücken. Da bei uns außer den Herren Bertgen und Semler noch niemand etwas von der Transaktion weiß, und im besonderen noch keine Buchungsaufgabe durch die Buchhaltung gelassen ist, ist die Sache so zu machen, daß die Hum an die RMA mit Datum 20. November 1930 schreibt:

„Wir vergüten Ihnen durch die Darmstädter und Nationalbank AG., Bremen, einen Betrag von 10 000 000 Mark Wert, 21. November 1930, worüber wir Ihrer Geschäftsaufgabe auf Sonderkonto entgegensehen.“

Wenn Sie dem folgen, würde die Hum also die RMA zu belasten und ein „Sonderkonto Danabank, Bremen“, zu erkennen haben. Es müßte nur Vorbehalte getroffen werden, daß nicht etwa wegen dieses Sonderkontos von der Hum (Handelsgesellschaft Ultra Mare) aus mit der Danabank, Bremen, einmal

korrespondiert würde. Das Konto ist sich ja auch in vier Monaten dann auf.

Wenn Sie im übrigen aus irgendwelchen Gründen, die ich im Augenblick nicht übersehe, die Buchung nicht gern bei der Hum selbst haben wollen, dann läßt sie sich ja ohne weiteres über das „Konto Nord“ leiten. Ich hoffe Sie mit diesem Vorschlage einverstanden und bin mit besten Grüßen der Ihrige

gez.: G. Carl Lahusen.

Der Konkursverwalter bemerkt zu diesem sensationellen Brief: „Ein Durchschlag dieses Schreibens, welches dem Konkursverwalter von dritter Seite zugeht, ist nach den bisherigen Ermittlungen im Betriebe der Nordwolle in Bremen nicht vorhanden.“

Dieses sensationelle Geheimschreiben Karl Lahusens gehört also mit zu jener berüchtigten Korrespondenz, die der Konzernleiter der Nordwolle ohne Durchschlag und ohne einen Erinnerungsnormer in die holländische Dunkelkammer der Ultra-Mare geschickt hat, die für Karl Lahusen die Zentrale für die großen Betrugsmaschinen darstellte. Nur dadurch, daß dem Konkursverwalter von dritter Seite ein Durchschlag dieses sensationellen Dokumentes zugefandelt wurde, ist er

der Quelle einer Millionenchiebung

auf die Spur gekommen. Die Frage liegt nahe, wieweit andere Geheimbriefe aus der Geschäftspraxis der Gebrüder Lahusen noch existieren, von denen keine Durchschläge auf den Schreibtisch des Konkursverwalters gelangt sind.

Das hier veröffentlichte Geheimschreiben Karl Lahusens sollte eine Millionenchiebung in die Wege leiten, die unter Mißbrauch der Bremer Staatshauptkasse, und auch ohne Wissen der Danabank durchgeführt werden sollte. Daher findet sich auch in dem Briefe der nachdrückliche Hinweis, daß die Ultra Mare in Amsterdam wegen dieser Angelegenheit mit der Danabank Bremen nicht korrespondieren dürfe. Ganz offensichtlich sollte die Danabank über die hier verabredeten Buchungsmaschinen im unklaren gelassen werden, damit Lahusen für die Nordwolle neue Kredite aus dieser Bank herausquetschen konnte.

Mit den intimen Beziehungen, von denen Lahusen in seinem Briefe spricht, ist ganz offensichtlich

die enge Freundschaft mit dem Bremer Senator Bömers

gemeint, der der Inspektor der Bremer Staatshauptkasse war. Wie weit Bömers seine Pflichten in diesem Falle verletzt hat, wird der Verlauf des Prozesses ergeben. Jedenfalls hat Lahusen die enge persönliche Freundschaft mit Senator Bömers dazu ausgenutzt, die Hauptkasse des Staates Bremen zu Scheinmandatieren überlastet zu mißbrauchen.

Weitere Blüten aus dem Revisionsbericht.

Der neue Bericht des Konkursverwalters Heinemann beherdelt insbesondere den Konflikt zwischen der Bremer Hanfabank, einem Bankinstitut des Bremer Staates, und der Danabank, sowie verschiedene merkwürdige Buchungsmaschinen, die am Zusammenhang mit der bekannten Stützungsaktion der Hanfabank und der Kooperationsvereinbarung bei der Nordwolle entstanden sind.

Aus der Darstellung des Konkursverwalters werden einige Punkte ein bezeichnendes Licht auf die Geschäftspraktiken bei der Nordwolle. So hat die Hanfabank der Nordwolle-Gesellschaft Ultra Mare in Holland nach ihrer Stützungsanfrage einen Kredit von 24 Millionen Dollar eingeräumt, da in entsprechender Höhe amerikanische Wechsel bei dieser Gesellschaft fällig geworden waren. Diese erwähnten Rembourskredite stellen einen alten Kredit der Nordwolle bei der Danabank dar, der durch Wechselziehungen der Nordwolle auf amerikanische Banken laufend neu mobilisiert wurde. Diese Wechsel wurden wie Handelswechsel gegen Wollverschiffungen ausgestellt, waren aber in Wirklichkeit reine Finanzwechsel.

Ein zweiter wichtiger Punkt ist, daß am 30. Juni 1931 auf Veranlassung der Dana zwischen Nordwolle und Hanfabank ein Vertrag abgeschlossen wurde, wonach die Nordwolle dieser Bank Forderungen in Höhe von 1,25 Millionen abtrat. Die aus diesen Forderungen einlaufenden Gelder hat aber die Hanfabank trotz Anforderung nicht erhalten, vielmehr wurden diese vertraglich abgetretenen Mittel von der Nordwolle bei Eingang der Gelder für eigene Zwecke verbraucht.

Reparationskonferenz im Juni?

Weitere englisch-französische Besprechungen

Paris, 25. Januar. (Eigenbericht.)

Ministerpräsident Daladier hatte am Montag im Außenministerium in Gegenwart des Finanzministers Plandin eine fast zweistündige Aussprache mit dem englischen Wirtschaftler Lord Curzon, die sich auf das Reparationsproblem bezog. Nach dem „Temps“ ist im Laufe dieser Unterredung versucht worden, eine Annäherung zwischen der französischen und englischen These herbeizuführen und ein Abkommen zwischen beiden Regierungen vorzubereiten. Schließlich sei eine Formel ausgearbeitet worden, die Lord Curzon sofort seiner Regierung unterbreitet habe. Die Antwort der englischen Regierung werde schnellstens in Paris erwartet. Außerdem sei während der Konferenz die Möglichkeit erwogen worden, die Reparationskonferenz im Laufe des Monats Juni in Pauzanne abzuhalten.

England zahlt Schulden zurück.

30 Millionen Pfund am 1. Februar.

London, 25. Januar.

Wie die Bank von England mitteilt, hat sie die Absicht, den gesamten Restbetrag des im August vorigen Jahres aufgenommenen französisch-amerikanischen Volokredit in Höhe von 30 Millionen Pfund Sterling zum Fälligkeitsstermin am 1. Februar zurückzuzahlen. Die Zurückzahlung werde ohne jede weitere Inanspruchnahme der Goldreserven der Bank möglich sein.

Diese Mitteilung zeigt, daß sich der Status der Bank von England weiter günstig entwickelt hat. Die Bank erhält damit ihre volle Bewegungsfreiheit zurück und ist in Zukunft gegen jeden französischen oder amerikanischen Druck, der auf das Pfund ausgeübt werden sollte, weitgehend geschützt. Zweifellos wird sich diese Tatsache auch politisch auswirken.

In der mittelamerikanischen Republik San Salvador wurde gegen eine angeblich kommunistische Revolte der Kriegszustand erklärt. Die Regierung ließ ihre Anhänger bemerken. In blutigen Kämpfen gab es zahlreiche Tote. Nordamerikanische Kriegsschiffe sind unterwegs.

Die Mordbestie.

Die Blutschuld der Nationalsozialisten und Kommunisten.

Gestern abend wurde der Kommunist Fritz Klemke eingeschüchert, der bei dem nationalsozialistischen Angriff auf die Gaubenzkolonie Helsenad von Nationalsozialisten erschossen wurde.

Der „Vorwärts“ hat die Schuld der Nationalsozialisten im Fall Helsenad nachgewiesen und damit eine entscheidende Wendung in der öffentlichen Meinung herbeigeführt, die zunächst geneigt war, die Schuld bei den Kommunisten zu suchen. Das hat natürlich die „rote Fahne“ nicht gehindert, ihren Lesern vorzulügen, wir hätten die Partei der Halentreuher ergriffen.

Nach Helsenad befanden sich die Kommunisten den Nazis gegenüber in einer günstigen moralischen Situation. Die Kommunisten müßten aber keine Kommunisten sein, wenn sie sich nicht beclit hätten, das wieder zu ändern.

Am Sonntag wurde der Nationalsozialist Kortus, ein sechzehnjähriger Junge, auf offener Straße mit Wasserstichen niedergemetzelt.

Die entsetzte Mordbestie fordert Opfer, Opfer aus den Reihen der beiden Parteien, die der Pistole und dem Messer huldigen und die brutale Gewalt anbeten. Die Waffe allein, die die Anhänger dieser Parteien in der Tasche tragen, ist nicht schuld — mörderischer noch ist der dunkle, beherzige Geist der Blutgier, der Nichtachtung des Menschenlebens.

Diese Schuld trifft nicht nur die Nationalsozialisten, sondern auch in voller Schärfe die Kommunisten! Statt den politischen und geistigen Kampf gegen den Faschismus aufzunehmen, haben sie sich den Methoden des individuellen Terrors zugewandt. Statt in Reih und Glied der klassenbewußten Arbeiterschaft zu marschieren, haben sie den Ruf ausgestoßen: Schlagt die Faschisten, wo ihr sie trefft! Sie haben den Faschisten damit in die Hände gespielt, daß sie die terroristischen faschistischen Methoden selbst übernommen haben. Nun schieben Kommunisten und Faschisten einander die Schuld zu, jede Partei sucht die andere zu der allein schuldigen zu stempeln und damit die öffentliche Sympathie für die eigenen verbrecherischen Taten zu gewinnen!

Sympathie für die Mordbestie, gleichviel mit welchem Parteiabzeichen, wird niemals bei der wahrhaft klassenbewußten Arbeiterschaft zu finden sein! Sie sammelt sich ernst und entschlossen, um den Bürgerkrieg zu verhindern, um den Frieden zu erhalten, in den Reihen der Eisernen Front. Mit den Mordbuben, die mit Revolver und Messer in den Straßen umherstreifen, hat sie nichts zu tun.

Von SA. erschossen.

Ein Geständnis und ein Zeugnis gegen Hitler.

In Essen wurde der Nationalsozialist Guse beendigt, der von einem seiner eigenen Kameraden erschossen wurde. In der Trauerfeier erklärte der Essener Ortsgruppenführer der NSDAP, Zilkens, daß es durchaus möglich sei, daß Guse von einem Kameraden erschossen worden sei. Auch im Kriege seien deutsche Soldaten versehentlich von eigenen Kameraden erschossen worden. Hitlers Befehl, daß jeder aus der Partei ausgeschlossen werde, der Waffen trage, werde respektiert werden, aber dieser Befehl Hitlers gäbe nicht seine wahre Meinung wieder, er sei einlassen aus launischen Gründen, um dem „System“ seine Handhabe gegen die Partei zu geben.

Da sieht man, was Hitlers Legatitätsrede bedeuten und wie sie von seinen Unterführern interpretiert werden!

Naziterror in — Prag.

Gegen deutsche Sozialdemokraten.

Prag, 25. Januar. (Eigenbericht.)

Am Sonntagabend acht Uhr kam es bei einem Vortrag in Prag zu Ausschreitungen halentreuherischer Studenten. Der deutsche sozialdemokratische Verein veranstaltete im großen Saal der städtischen Bibliothek einen gut besuchten Vortrag des Barliner Arztes Dr. Hoddann. In den Saal brangen etwa 200 Nazistudenten ein, um den Vortrag durch Schreien und Niedergerufen zu stören. 30 Polizisten mußten einschreiten und die Ruhestörer hinausjagen. Erst dann konnte der Vortrag und die anschließende Diskussion in Ruhe durchgeführt werden.

Russisch-polnischer Nichtangriffspakt.

In Warschau paraphiert.

Warschau, 25. Januar.

Um sieben Uhr abends wurde heute in Moskau im Volkskommissariat für auswärtige Angelegenheiten vom polnischen Gesandten in Moskau Watek und dem sowjetischen Volkskommissar für auswärtige Angelegenheiten Litwinow der polnisch-russische Nichtangriffspakt paraphiert. Der Vertrag besteht aus einer Einleitung, acht Artikeln und zwei Zusatzprotokollen.

Der Nichtangriffspakt belagt in seinen Hauptpunkten:

1. Die beiden Vertragspartner verzichten auf die Regelung aller Streitigkeiten durch das Mittel eines Krieges.
2. Beide Staaten verpflichten sich, keine Vereinbarungen mit dritten Ländern zu treffen, die gegen eine der Vertragsparteien gerichtet sind. Die Abmachungen, die zwischen einem der Vertragschließenden und einem dritten Staat getroffen worden sind, bleiben auch nach Abschluß des Nichtangriffsvertrages in Kraft, wenn es sich nicht um Vereinbarungen handelt, die Angriffsabsichten in sich bergen.
3. Der Vertrag gilt für eine Zeit von drei Jahren. Er kann fünf Monate vor Ablauf der Vertragszeit gekündigt werden. Erfolgt keine Kündigung, so verlängert er sich automatisch um weitere zwei Jahre.
4. Der Vertrag muß 30 Tage nach der Paraphierung ratifiziert werden.

Die übrigen Abschnitte des Vertrages beziehen sich auf die Verpflichtungen der beiden Partner für den Fall, daß einer von ihnen von einer dritten Seite angegriffen wird. In einem solchen Falle muß der andere Vertragspartner Neutralität bewahren.

Der Vertrag wird von Polen erst dann unterzeichnet werden, wenn sämtliche übrigen Nichtangriffsverträge Sowjetrusslands, vor allem der Vertrag mit Rumänien, unterzeichnet worden sind.

Der Jesuitenorden ist in Spanien aufgelöst worden. Die Jesuiten können im Lande bleiben, dürfen sich aber nicht mehr öffentlich als Mitglieder ihres Ordens betätigen.



„Ich sage Euch, es gibt keine Republikaner — — —. Verflucht, was kommt denn da?“

Völkerbund versagt.

Keine Sanktionen gegen Japan.

Genf, 25. Januar. (Eigenbericht.)

Die 66. Tagung des Völkerbunds, die am Montag eröffnet wurde, wird von Paul Boncour präsidentiert.

Die Montagssitzung begann mit einem von allen Delegierten ausgesprochenen Bedauern über Brlands schlechten Gesundheitszustand und dem allgemeinen Wunsch für seine Besserung.

Der nach Abschluß des vorläufigen Abrüstungskonventions-Entwurfes von Deutschland unternommene Versuch auf Abschluß eines Zivilluftfahrt-Abkommens mit dem Ziel, die Zivilluftfahrt aus den Abrüstungsverhandlungen herauszuhalten, wurde der Abrüstungskonferenz zur Erledigung zugeschieben. Die mächtigen Einflüsse, die Deutschlands Zivilluftfahrt in die Abrüstungsbestimmungen einbezogen wollen, haben erreicht, daß zur Sache selbst nur eine Materialsammlung veranstaltet wurde. Sie enthält Angaben über gegenseitige Luftverkehrsverträge, über die Zahl der Flugzeuge sowie Methoden der Veröffentlichung und wurde der Abrüstungskonferenz als Material überwiesen.

In der Nachmittagsitzung wurde die

Aussprache über den mandschurischen Konflikt

begonnen. In der vorbereitenden Geheim Sitzung war China eröffnet worden, daß der Rat keine Möglichkeit für die Anwendung der Artikel 15 und 16 des Völkerbundsstatutes mit ihren wirtschaftlichen Sanktionen finden werde. (1) Deshalb beschränkte sich Chinas Vertreter Jen auf die ersühnende Schilderung der immer schwereren Unterdrückung Chinas durch Japan. Er stellte keinerlei Anträge und fragte den Rat nur, ob jetzt die vermittelnde Rolle nicht wirklich beendet sei und stärkere Mittel notwendig wären, um dem Konflikt endlich ein Ende zu bereiten.

Der japanische Vertreter Sato antwortete höhnisch, es seien noch immer die 25 Millionen Chinesen in der Mandchurei, also könne von einer großen Unterdrückung keine Rede sein (1) Ueber die Mandchurei hinaus sei die Befehung notwendig geworden, da in Tschintschau chinesische Truppen konzentriert worden seien. In Schanghai sei die Lage sehr kritisch, aber nicht durch die Schuld der Japaner (2) Sato schilderte dann die angeblichen Angriffe und provozierten Zusammenstöße mit Chinesen und schloß mit der Versicherung, daß Japan keine territorialen Absichten auf die Mandchurei habe, aber es wolle die Mandchurei sichern für China (1) und alle anderen Mächte, die dort in Frieden arbeiten wollten. Japan warte das Ergebnis der Untersuchung der Kommission ab, die gerade jetzt nach der Mandchurei abreisen werde. Mit dem Material dieser Kommission werde der Rat besser urteilen können.

Jen-China erwiderte mit der deutlichen Feststellung, der Zweck der japanischen Befehung und der neue japanische Vorstoß sei, den chinesischen Boykott zu brechen. Man könne immer und immer wieder mehr Truppen hinschieben,

keine Regierung könne aber die Bevölkerung zwingen, Waren zu kaufen, die sie nicht wolle.

Zum drittenmal seit 15 Jahren habe Japan chinesisches Land besetzt. Man brauche sich daher nicht zu wundern, daß das ganze Volk verzweifelt sei und nurmehr Gegenmaßnahmen ergreife. Er hoffe auf eine gerechte Behandlung durch den Völkerbundrat.

Paul Boncour schloß die Debatte zusammen: Der Rat werde sich überlegen, was zu tun sei. Bezüglich der Mandchurei sei der Rat an die Resolution vom 10. Dezember gebunden. Jetzt aber müßten die Ereignisse, die seither eingetreten seien, untersucht werden. Sie seien sehr schwer und er bitte einmütigen die Parteien, bei ihren Regierungen vorstellig zu werden, damit jede Feindseligkeit vermieden werde. Damit schloß die Debatte — Die Fortsetzung der chinesisch-japanischen Aussprache findet am Dienstagvormittag statt.

Sozialistische Internationale brandmarkt den japanischen Imperialismus.

Köln, 25. Januar. (Eigenbericht.)

Kußer mit den Fragen der Reparationen, der Kriegsschulden und der Abrüstung beschäftigte sich das Büro der Sozialistischen Arbeiterinternationale in Köln auch mit den kriegerischen Operationen der Japaner in der

Mandchurei. Dazu wurde eine Entschließung gefaßt, in der es u. a. heißt:

Das Büro der S.A.I. prangert die Gefahr für den Weltfrieden an, die diese Vergewaltigung des Selbstbestimmungsrechtes eines Volkes, diese Verletzung der internationalen Verträge, diese

Diskreditierung der internationalen Instrumente.

die die Herbeiführung der friedlichen Lösung von Konflikten bezwecken, bedeutet. Das Büro stellt fest, daß die Anwesenheit des Vertreters von Japan bei der Abrüstungskonferenz als Verhöhnung und Herausforderung so lange erscheinen wird, als Japan die Mandchurei besetzt hält. Das Büro sendet im Namen aller sozialistischen Arbeiter den organisierten Arbeitern Chinas, die die Hilfe der Internationale verlangen, seine sozialistischen Grüße. Die S.A.I. ruft darauf, daß das Proletariat der beiden Länder sich gemeinsam gegen die imperialistische Politik, die ihnen beiden großen Schaden bringen wird, wenden wird. Das Büro fordert die Arbeiter aller der Sozialistischen Arbeiterinternationale angeschlossenen Parteien auf, jede Gelegenheit zu benutzen, um die Verbrecher des japanischen Militarismus am Völkerricht zu brandmarken.

Das Büro der Sozialistischen Arbeiterinternationale sendet ferner an die Beurteilten im Drest-Litovsker Prozeß ein Telegramm, in dem es seiner Bewunderung Ausdruck gibt für den Mut, mit dem die Angeklagten während der Prozeßtage unermüdet die Wahrheit über die traurige Lage Volens aller Welt zum Bewußtsein gebracht haben. Das Büro erwartet, daß das Urteil, das mit dem Rechtsbewußtsein in scharfem Widerspruch steht, niemals zur Vollstreckung gelangt.

Ministerpräsident Sunfo zurückgetreten.

Hankow, 25. Januar. (Reuter.)

Der zur Zeit in Schanghai weilende chinesische Ministerpräsident Sunfo ist zurückgetreten, weil die Regierung mit seiner Politik der „positiven Aktion“ gegen Japan nicht einverstanden war.

Inzwischen verhandeln die chinesischen Behörden in Schanghai zum Zweck der friedlichen Beilegung der chinesisch-japanischen Schwierigkeiten über die Auflösung aller antijapanischen Vereinigungen, die den ersten Schritt zur Annahme der japanischen Forderungen darstellen soll.

Neues Ultimatum des Admirals.

Schanghai, 25. Januar.

Der Bürgermeister des chinesischen Viertels von Schanghai wurde am Montag vom japanischen Flottenchef in Schanghai, Admiral Schirofawa, empfangen. Der Bürgermeister brachte seine Bemühungen um die Erfüllung der japanischen Forderungen zum Ausdruck. Er hatte am Sonntag eine Besprechung mit Vertretern chinesischer Gesellschaften in Schanghai, um mit diesen über die von Japan geforderte Auflösung der japanfeindlichen Verbände zu sprechen. Der Bürgermeister drückte dem Admiral die Hoffnung aus, daß es ihm noch im Laufe des Montag gelingen werde, die Auflösung dieser Verbände durchzusetzen. Admiral Schirofawa teilte dem Bürgermeister mit, daß Japan unbedingt darauf bestche, seine Forderungen innerhalb 48 Stunden erfüllt zu sehen. Eine weitere Befristung des japanischen Ultimatum komme nicht in Frage.

Zwei Munitionslöhne explodiert. — 40 Tote.

Schanghai, 25. Januar.

Zwei chinesische, mit Munition beladene Lastkähne explodierten aus unbekannter Ursache. Die gesamte Besatzung von vierzig Mann wurde getötet. Die Explosion hatte eine große Panik zur Folge, da die Bevölkerung glaubte, daß die Japaner die Stadt beschließen hätten.

Am Abend wurde in einem großen Kino in der internationalen Niederlassung eine geladene Bombe entbedt. Das Theater konnte noch rechtzeitig geräumt und die Bombe entfernt werden.

Bernichtendes Urteil.

Nach dem Zusammenbruch des RGD-Streiks bei Illstein.

Der von der RGD. initiierte Streik der Tagelöhner-Notationshilfsarbeiter bei Illstein am 7. Januar beschäftigte am Sonntag noch einmal eine Versammlung der freigewerkschaftlich organisierten Arbeiterinnen und Arbeiter des Illstein-Betriebes, die von den freigewerkschaftlichen Verbänden der graphischen Arbeiterschaft nach den Kammerfällen einberufen war. Die außerordentlich stark besuchte Versammlung wurde zu einer gründlichen Abarbeitung mit den Nachbarn dieser sinnlosen Bewegung, die vielen Arbeitern den Verlust ihres Arbeitsplatzes eingebracht hat, während die Führer der RGD. im Betrieb blieben.

Die Berichte der führenden freigewerkschaftlichen Betriebsfunktionäre und Arbeiterräte über diese Streiksituation zeigten das bestehende gewerkschaftsfeindliche und unkollegiale Zutreten der RGD.-Arbeiterräte. Kleinliche Schikanen der RGD.-Arbeiterräte gegenüber ihren freigewerkschaftlichen Kollegen im Arbeiterrot, besonders durch den roten Betriebsratsvorsitzenden, Radetschypolitik gegen alle im Betriebe, die als „Reformisten“ bekannt sind, charakterisierten die kommunistischen Wortführer ebenso wie

Ihre Grobpropheten gegenüber der Belegschaft und ihre persönliche Feindschaft gegenüber der Firma.

Schlechte Entrüstung herrschte in der Versammlung, als die freigewerkschaftlichen Spitzenfunktionäre des Betriebes bekanntgaben, wie sie von ihren „roten“ Arbeiterratskollegen im Betriebe und in der Öffentlichkeit verleumdet worden sind und wie sich dann bei der Nachprüfung alle diese Verleumdungen als völlig haltlos erwiesen. Die sinnlose Streiksituation ist in der Hauptsache auf das

Konto der RGD.-Arbeiterräte zu schreiben, die durch Verdrehen und Verschweigen von Tatsachen

die Rotationshilfsarbeiter „streikfrei“ machten, selbst aber zu feige waren, sich an der Bewegung zu beteiligen.

Heute lassen diese Heiden bei den „reformistischen Streikbrechern“ Sammelkassen kursieren zur Unterstützung der 92 Gemahregeltesten und ihrer Familien, deren Existenz sie freudlos aufs Spiel gesetzt haben. Den Bemühungen des Verbandes der graphischen Hilfsarbeiter ist es zu verdanken, daß schließlich ein Teil der Streikenden nicht auf der Strecke geblieben ist. Die Funktionäre richteten an die Belegschaft den Appell, die freigewerkschaftliche Front im Illstein-Betrieb endlich fester zu schließen und dadurch die Bahn freizumachen für eine fruchtbringende Gewerkschaftsarbeit.

In der Diskussion machte sich die Empörung über das leichtfertige Spiel der RGD.-Arbeiterräte mit den Interessen der Belegschaft spontan Luft. Gegen vier Stimmen nahm die von etwa 1400 Belegschaftsmitgliedern besuchte Versammlung folgende Entschließung an:

„Nach den Berichten über die Vorgänge im Hause Illstein sprechen die freigewerkschaftlich organisierten Arbeiter den nicht organisierten Mitgliedern des Arbeiterrates das schärfste Mißtrauen aus. Die gesamte Tätigkeit dieser RGD.-Mitglieder hat den Beweis erbracht, daß eine wirkliche Vertretung von Arbeiterinteressen nur durch freigewerkschaftlich organisierte Mitglieder der Betriebsvertretung möglich sind.“

Gehaltsenkung im Einzelhandel.

Ab 1. Januar nochmals 10 Prozent.

Ueber die Neufestsetzung der Angestelltengehälter im Berliner Einzelhandel auf Grund der Rotverordnung konnte, wie wir bereits berichteten, in den Parteiverhandlungen eine Einigung nicht erzielt werden. Die Organisationsvertreter wandten sich gegen die schematische Herabsetzung der Gehälter um 10 Proz. und verlangten eine entsprechende Berücksichtigung der Veränderungen des Gehalts- und Eingruppierungssystems, die seit dem 10. Januar 1927 eingetreten sind. Der Schlichter hat die Argumente, die von beiden Parteien zur Begründung vorgebracht wurden und deren Richtigkeit hart umstritten war, als nicht ausreichend genug angesehen, um eine andere Gehaltsregelung zu treffen, als sie in der 4. Rotverordnung vorgesehen ist. Er hat einen verbindlichen Schiedsspruch gefällt, wonach die Angestelltengehälter im Berliner Einzelhandel ab 1. Januar um 10 Proz. gesenkt werden. Die neuen Gehaltstarife sind beim Zentralverband der Angestellten, Hedemannstr. 12, erhältlich.

Abstieg der RPD. in den Gewerkschaften

Auch bei den Tapezieren erledigt.

Die sogenannte „Opposition“ hat im Verband der Sattler, Tapezierer und Portefeuliers endgültig ausgespielt. Das zeigte mit aller Deutlichkeit auch der Verlauf der Jahresbranchenversammlung der Tapezierer am Freitag im Gewerkschaftshaus, in der die Branchenleitung durch den ersten Branchenleiter Genossen Hochs über ihre Tätigkeit im vorigen Jahr Rechenschaft ablegte.

Durch die Entwicklung der wirtschaftlichen Verhältnisse in die Abwehr gedrängt, mußte sich die Branchenleitung in der Hauptsache darauf beschränken, die Ertragsverhältnisse der letzten Jahre zu verteidigen. Ihr Widerstand gegen die Lohnabbauwünsche der Unternehmer konnte die Lohnabbauwünsche zwar nicht ganz aufhalten, aber immerhin eindämmen. Im ganzen Berichtsjahr war den Unternehmern nur ein einziger Abbau der Tariflöhne, und zwar von 1,38 M. auf 1,30 M. möglich. Erst zu Anfang dieses Jahres erfolgte durch die letzte Rotverordnung ein scharfer Schnitt an den Löhnen; sie wurden mit einem Schlage von 1,30 M. auf 1,11 M. herabgesetzt.

Der Widerstand gegen den tariflichen Lohnabbau wurde durch die starke Arbeitslosigkeit in der Branche sehr erschwert. Am Schluß des vorigen Jahres waren von den fast 1500 Branchenangehörigen über 700 arbeitslos. Trotz des katastrophalen Rückganges der Beschäftigungsmöglichkeiten sind im Laufe des Berichtsjahres nur geringe Mitgliederverluste in der Branche eingetreten. Das beweist, daß die Berliner Tapezierer den Wert der Organisation auch in Krisenzeiten zu schätzen wissen.

In der Diskussion stellte ausgerechnet ein Anhänger der „Opposition“, die durch planmäßige Standalagen der Rotverordnung die Abhaltung von Generalversammlungen unmöglich

gemacht hat, den Antrag, die Generalversammlungen wieder stattfinden zu lassen. Die Branchenversammlung ging über diesen Antrag zur Tagesordnung über. Die Wiederwahl der alten „reformistischen“ Branchenleitung erfolgte gegen ganze 10 Stimmen der „Opposition“, die noch vor nicht sehr langer Zeit die Branche beherrschte hat.

Lohnschiedspruch im Schwerfuhrergewerbe.

Die Fuhrherren-Jnning lehnt ihn ab.

Seit Monaten schon schwebt im Berliner Schwerfuhrergewerbe ein Konflikt über die Neufestsetzung der Arbeiterlöhne. Nachdem die Löhne durch mehrmaligen Abbau bereits um 24 Proz. gesenkt worden waren, verlangte die Fuhrherren-Jnning im Herbst vorigen Jahres nochmals einen maßlosen Lohnabbau. Als sich die Tarifverhandlungen wegen der Hartnäckigkeit der Fuhrherren zerschlugen, ging die Jnning zum Lohnabbaulapp über. Sie wies ihre Mitglieder an, ab 1. Januar die Löhne diktorisch um 15 Proz. zu senken. Diese Anweisung wurde von den Fuhrunternehmern auch befolgt; die Löhne der Kraftwagenführer kamen durch dieses Diktat um fünf Mark und die der Kutscher um 1,40 M. unter die Löhne vom 10. Januar 1927. Der Gesamtverband, der von Anfang an gegen dieses Vorgehen protestierte, erwirkte beim Schlichtungsausschuß ein Verfahren.

In den Verhandlungen vor dem Schlichtungsausschuß löste der Sandsturm der Fuhrherren-Jnning endlich die Maske und erklärte frei und offen, daß die Jnning überhaupt keinen Tarifvertrag mehr abschließen wolle. Die Argumente des Syndikats, daß die Jnning angeblich nicht mehr tariffähig sei, waren für den Schlichtungsausschuß aber nicht stichhaltig. Er füllte nach stundenlangen Verhandlungen einen Schiedsspruch, wonach die Löhne im Schwerfuhrergewerbe ab 22. Januar um 12 Proz. gekürzt werden sollen und nicht um 15 Proz., wie es die Jnning angeordnet hat.

Die tariffähige Fuhrherren-Jnning hat den Schiedsspruch natürlich abgelehnt. Die im Gesamtverband organisierten Arbeiter des Schwerfuhrergewerbes haben den Schiedsspruch trotz schwerer Bedenken wegen der Höhe des Lohnabbaus angenommen und durch ihre Organisation die Verbindlichkeits-Erklärung beantragen lassen.

Noch einer von den Hundert.

„Einheitsfront“ bei Schering-Kahlbaum.

In der Ausgabe vom Mittwoch beschäftigt sich die „Rote Fahne“ mit der „Einheitsfront“ im Werk Adershof der Firma Schering-Kahlbaum, um in der gebührenden und gemeinsten Weise über unsere freigewerkschaftlichen Funktionäre im Werk Müllerstraße herzufallen. „Nacht es so wie im Werk Adershof“, heißt es am Schluß des Artikels, „wo unter Führung der RGD. die Belegschaft sich von den Reformisten nicht mißbrauchen läßt.“

Wie es mit der Führung der RGD. bestellt ist, und wer die Belegschaft mißbraucht, davon einige Proben. Schon seit langem

brennen die RGD.-Genossen von Adershof darauf, im Werk Adershof der Schering-Kahlbaum A.G. eine „revolutionäre Aktion“ steigen zu lassen. Der Rosenstreik am 4. Januar sollte auch hier den Grundstein für ein Sowjetdeutschland legen. Eine zum 4. Januar einberufene Betriebsversammlung, morgens und abends durch Erwerbslosenpredigten unter Druck gesetzt, sollte den Auftakt geben. Aber in der Versammlung wagte sich keiner von den morgenpostributalen Betriebsräten offen für den Streik einzusetzen. Ein altes Männlein schloß man vor, das nunmehr die Kastanien aus dem Feuer holen mußte und zum Streik aufrief.

In aller Schärfe und ohne Schonung rissen unsere Genossen diesen Reaktionsrevolutionären die Maske vom Gesicht. Trotz guten Besuchs der Versammlung wagte man keine Abstimmung über den von der RGD. befohlenen Streik, obwohl die RGD. im Arbeiterrot mit 7 zu 1 die erdrückende Mehrheit hat. Neben der üblichen Beschimpfung unserer Genossen reichte es noch zur Wahl eines „Kampfausschusses“ gegen Lohnraub und Faschismus — wohl der zehnte seiner Art — mit Faschisten in seiner Mitte. Das war die „Führung“ der RGD. in einem Werk, in dem sie mit 7 zu 1 im Arbeiterrot die Mehrheit hat. Die Belegschaft denkt nicht daran, sich von solchen Hanswürsten mißbrauchen zu lassen. Einheitsfront, Schulter an Schulter in den freien Gewerkschaften zum Kampf für bessere Lohn- und Arbeitsbedingungen, das ist unsere Parole.

Kein Generalfreist in Spanien.

Madrid, 25. Januar.

Der für Montag im ganzen Lande von den Kommunisten und Syndikalisten geplante Generalfreist ist infolge der Vorbeugungsmahnahmen der Regierung nicht zum Ausbruch gekommen. Lediglich in Sevilla ist es den kommunistischen Drahtziehern gelungen, die Arbeiterchaft auf ihre Seite zu ziehen. In den Mittagsstunden wurde eine Polizeistreife von Anarchisten beschossen, wobei ein Beamter der Jünggarde verwundet worden ist. Zahlreiche Maschinengewehre sind auf klaren Hausdächern von den Truppen in Stellung gebracht worden. Die Lieberwachung der Stadt durch Flugzeuge wird ebenfalls fortgesetzt. In Utiel, in der Provinz Valencia wurden die Telefon- und Telegraphenleitungen von den Streikenden zerstört. Aus der Provinz Teruel, in der ein bedeutendes Minenbächen liegt, kommen Privatmeldungen, wonach die Minenarbeiter sich dem revolutionären Generalfreist angeschlossen hätten.

Berschärfung in Polnisch-Oberschlesien.

Drohung mit dem Generalfreist.

Im polnisch-oberschlesischen Grubenkonflikt ist abermals eine Verschärfung eingetreten. Die Unternehmer haben der Aufforderung des Demobilisierungskommissars, die Kündigungen im Bergbau und in der Hüttenindustrie zurückzuziehen, noch immer nicht entsprochen. Die Gewerkschaften haben beschloffen, den Arbeitgeberverband noch ein letztes Mal zu direkten Verhandlungen mit den Gewerkschaften aufzufordern. Wenn diese Verhandlungen ohne Ergebnis bleiben, werde der Generalfreist erklärt.

GGD-Fraktion J. Zaem-Geißel, Donnerstag, den 28. Januar, 10 1/2 Uhr, Reaktionsversammlung bei Stuss, Futterstr. 9. „Der Kampf gegen den Faschismus“, Referent Genosse Koberholz, R. d. L. Diskussion, Fraktionsangelegenheiten.

Freie Gewerkschafts-Jugend Berlin

Heute, Dienstag, 26. Januar, um 19 1/2 Uhr, legen die Gruppen: Gewerkschaftshaus: Jugendheim Gewerkschaftshaus, Engelauer 24-25, Elternabend im Zimmer 4 des Gesamtverbandes, Engelauer 24-25, Aufgang 8, postere Info. — Stieglitz: Jugendheim Flemingstr. 14b. „Aus meinem Beruf“ (10-Minuten-Vorlese). — Kooß: Jugendheim Bremer Straße 69-70. „Die Kameradschaftsfeier.“ — Spanen-Wilhelmshof: Jugendheim Sportplatz, Seeburger Straße. „Geschichte der deutschen Gewerkschaften.“ — Vankow: Jugendheim Riffingstr. 48, Zimmer 6. „Das Betriebsratgeheim.“ — Teptow: Jugendheim Eilenstr. 3 (am Bahnhof Teptow). „Som Sinn unsere Wäldenarbeit.“ — Frankfurter Allee: Jugendheim Altkauer Str. 18. „Humor und Satire.“ — Landsberger Weg: Jugendheim Landsberger Str. 10. „Aktuelle Wirtschaftsprognosen.“ — Richterberg: Jugendheim Döbberstr. 22. „Was über das Tarifrecht.“ — Neu-Weißensee: Jugendheim Guntterstr. 44. „Sie suchen die Seele.“ — Offenber: Jugendheim Kottbuscher, Trautmannstr. 44 (Rantstraße). Berde- und Elternabend. — Wedding: Jugendheim Willdenowstr. 5, 2 Treppen, Zimmer 11. Bildbildeverortrag: „Aus dem Leben eines Kampfers.“ — Schöneberg: Jugendheim Haldemiederstr. 14, Bildbildeverortrag im Keller. „Gefährliche Spiele.“ — Adlershof: Jugendheim Adlershof, Bismarckstr. 1. „Sozialismus in der Familie.“ — Jugendgruppe des Zentralverbandes der Schwebereier: Jugendheim Genosse Frankfurter Str. 16, Zimmer 3. Lustiges Monatsende, Musikinstrumente mitbringen.

Jugendgruppe des Zentralverbandes der Angestellten

Heute, Dienstag, finden folgende Veranstaltungen statt: Lichtabend: Jugendheim Guntterstr. 44. Arbeitsgemeinschaft: Die ersten Schritte einer Kleinwirtschaft in Europa. Leiter: Kaculin. — Nordwest: Jugendheim Lehrer Str. 15-19. Schachabend. — Der Streik- und Bewegungstag abt ab 20 Uhr in der Turnhalle Borstel Str. 10. — Die Turn- und Gymnastikabende finden von 20-22 Uhr in der Turnhalle Tempelhofer Ufer 20 statt.

Verantwortlich für Politik: Viktor Schiff; Wirtschaft: G. Klotzsch; Gewerkschaftsbewegung: J. Geiler; Kultur: Dr. John Schlimm; Politik und Sonstiges: Aris Kottbusch; Anzeigen: H. Glöde; Schriftlich in Berlin: Berlin: Bornhörs-Berlin G. m. b. H., Berlin, Deutscher Bornhörs-Berlin-Verlag und Verlagsanstalt Paul Singer u. Co., Berlin SW 6, Lindenstraße 2, Stern 2 Verlag.

WERTHEIM

Billige Lebensmittel

Zusendung von 5 M an. Obst, Gemüse u. leicht verderbliche Artikel werden nicht zugesandt

| | |
|--|-----------------------------|
| Ochsenfleisch | |
| Pfund | 48 Pf. |
| Ochsenbrust | Pfund 0.60 |
| Schmorfleisch o. Kn. | 0.78 |
| Kalbsbrust u. Rücken | Pfund 0.55 |
| Kalbskotelett | Pfund 0.75 |
| Kalbsroulade | Pfund 0.88 |
| Kalbsschnitzel | Pfund 1.18 |
| Schweineschulter | Pfd. 0.64 |
| Kafler-Kamm u. Schuff | Pfund 0.76 |
| Braiseriliges Fett | Pfund 0.50 |
| Backe | Pfd. 0.32 |
| Lunge | 0.24 |
| Euter | Pfd. 0.20 |
| Herzen | 0.38 |
| Geflügel u. Wild | |
| Hühner frisch | Pfund 0.68 |
| Wolghühner | Pfund 0.70 |
| Hasen gestr. u. ausgeworf. | Pfund von an 0.75 |
| Kaninchen gestr. u. ausgeworfen. | Pfd. v. an 0.75 |
| Fische | |
| Dorsch | Pfund von an 0.10 |
| Seelachs ohne Kopf, gr. Fische, Pfd. v. an | 0.22 |
| Schellfisch | Pfund von an 0.24 |
| Fischfilet | Pfund von an 0.36 |
| Bratschollen | 3 Pfd. v. an 0.25 |
| Grüne Heringe | 3 Pfd. v. an 0.35 |
| Leb. Karpfen | u. Schleihe Pfd. v. an 0.65 |

| | |
|------------------------------------|---------------|
| Gänse | |
| gefroren, Pfund | 52 Pf. |
| Amur-Lachs | |
| gefroren, ganze Fische, Pfd. v. an | 28 Pf. |
| Roh- und Bratenschmalz | |
| Pfund | 44 Pf. |
| Hirschfleisch | |
| Pfd. von an | 0.54 |
| Rehfleisch | |
| Pfund von an | 0.85 |
| Wildschwein | |
| Pfund von an | 0.70 |

| | |
|--------------------------------|---------------|
| Apfelsinen | |
| 3 Pfund | 44 Pf. |
| Bücklinge | |
| Pfund | 23 Pf. |
| von an | 23 Pf. |
| Margarine und Kokosfett | |
| 3 Pfund | 95 Pf. |
| Blatt | 0.54 |
| Rücken | 0.66 |
| Keule | 0.96 |
| Blatt | 0.85 |
| Rücken | 1.18 |
| Keule | 1.28 |
| Blatt | 0.70 |
| Rücken | 0.58 |
| Keule | 0.88 |

| | |
|----------------------------|---------------------|
| Käse u. Fett | |
| Ramadou halbfest, Stück | 0.18 |
| Harzerkäse ca. 1-Pfd.-Pak. | 0.28 |
| Tilsiter vollfest | Pfund 0.68 |
| Briekäse vollfest | Pfund 0.65 |
| Holländer vollfest | Pfund 0.68 |
| Schweizer vollfest | Pfund 0.95 |
| Molkereibutter Pfd. 1.20 | 1.12 |
| Markenbutter | Pfund 1.28 |
| Obst u. Gemüse | |
| Kochbirnen | Pfund 0.10 |
| Brunneräpfel | Pfund 0.14 |
| Mandarinen | Pfund 0.20 |
| Kalt. Apfel | 3 Pfund 0.95 |
| Rot- u. Weißkohl | Pfd. 0.06 |
| Rosenkohl | 3 Pfund 0.28 |
| Blumenkohl Kopf v. an | 0.20 |

| | |
|--------------------------|-------------------|
| Mettwurst | |
| Braunsch. Art, Pfund | 86 Pf. |
| Blut- u. Leberw. | |
| Halt. Pfd. | 0.60 |
| Dampfs. Speckw. | |
| Pfd. | 0.70 |
| Landleberwurst | |
| Pfund | 0.84 |
| Feine Leberwurst | |
| 1.15 | 0.98 |
| Teewurst | |
| feine u. grobe | Pfund 1.28 |
| Speck fett | |
| 0.70 | 0.68 |
| Gek. Schinken | |
| geschn. o. Schw. v. Pfd. | 0.33 |
| Roh. Schinken | |
| geschn. o. Schw. v. Pfd. | 0.42 |
| Räucherwaren | |
| Sprossen | |
| Pfd. von | 0.24 |
| Kistch. | 0.30 |
| Fludern | |
| Pfd. von | 0.38 |
| Sund | 0.16 |
| Lachs in Säcken | |
| Pfd. von an | 1.20 |

Neuer Hilferuf Berlins.

Eingabe an den Landtag. — Steuern über Landesdurchschnitt. — Millionen für die Provinz.

Seit vielen Jahren leidet Berlin unter der Tatsache, daß durch den sogenannten Finanzausgleich Millionenbeträge, die in Berlin als Steuergelder aufgebracht wurden, in die Provinz abwandern. Bisher war der Kampf der Stadt um eine gerechtere Gestalt des Finanzausgleichs ohne durchgreifenden Erfolg. Der Oberbürgermeister weiß jetzt wieder in einer Eingabe an den Landtag nach, in welcher unerhörten Maße die Reichshauptstadt, die als Zentrale des Reiches und als Landeshauptstadt mehr als irgendeine andere Stadt Hilfe beanspruchen darf, benachteiligt wird.

Die bisher im Finanzausgleich vorgelebene Regelung läuft am 1. April 1932 ab. Der Oberbürgermeister erklärt, daß eine nochmalige Verlängerung des jetzigen Zustandes für die Stadt Berlin, die die Gefährdung ihrer Finanzen trotz aller Not- und Sparverordnungen nur mühsam hinauszögern können, untragbar sei. Ingesamt sind der Stadt zugunsten des zwischengemeindlichen Finanzausgleichs durch den Polizei- und den Schulsteuerausgleich nicht weniger als 226 Millionen Mark entzogen worden. Die Stadtverwaltung hat immer wieder versucht, die Entziehung dieser laufenden Einnahmen durch die Erhöhung der Realsteuern auszugleichen. Die Berliner Bevölkerung hat das sehr schmerzhaft zu spüren bekommen. Heute liegt die Reichshauptstadt mit ihren Zuschlägen zur Grundvermögens- und zur Gewerbesteuer weit über dem Landesdurchschnitt. Trotz der Einführung der Bürgersteuer, die jetzt in Berlin mit dem Dreifachen des Landesjahres erhoben wird, und trotz Erhebung der Getränkesteuer war es bei Droßelung der Ausgaben bis an die Grenze des Möglichen doch nicht möglich, Berlins Finanzen auf eine gesunde Basis zu stellen.

Am 31. Dezember 1931 war die Zahl der Wohlfahrts-erwerbslosen auf 221.200 gestiegen, während der Durchschnitt des Jahres 1929 noch 31.800 betrug. Dabei ist zu bedenken, daß die Zahl der Wohlfahrts-erwerbslosen im Verhältnis zur Einwohnerzahl in Berlin erheblich höher ist als in zahlreichen anderen preussischen

Großstädten, abgesehen von Breslau. In Berlin kamen am 30. September 1931 auf 1000 Einwohner 43,8 Wohlfahrts-erwerbslose. In der Industriestadt Essen kamen dagegen auf 1000 Einwohner „nur“ 20,8 Wohlfahrts-erwerbslose.

Die Fehlbeträge im Haushalt Berlins wären nicht cassanden, wenn der Stadt nicht Hunderte von Millionen Mark von ihren Reichsteuereinnahmen entzogen worden wären.

Die Stadt wird diese Verkürzung ihrer Einnahmen nicht weiter ertragen können. In der Eingabe wird darauf hingewiesen, daß der Finanzausgleich sich noch dadurch erheblich verschlechtert habe, daß der Polizeiausgleich keine Rücksicht auf das Sinken der Einkommen- und Körperschaftsteuer nimmt.

Ein schlimmes Kapitel stellt auch die Verteilung der Kraftfahrzeugsteuer dar. Im Jahre 1930 wurden in Berlin für diese Steuer 23,1 Millionen Mark aufgebracht. Die Stadtkasse aber hat davon nur 3,2 Millionen Mark erhalten. Nun wird es wohl keinen Menschen geben, der behaupten könnte, daß die Reichshauptstadt weniger Mittel als eine mittlere oder kleine Provinzstadt für den Ausbau und die Instandhaltung der Straßen aufzubringen hat. Der Gemeindeanteil an der Hauszinssteuer soll in der Hauptsache zur Deckung der Wohlfahrtslasten bestimmt sein. Der bisherige Anteil aber reicht dazu bei weitem nicht aus. Berlin, das etwa ein Drittel der im ganzen Staatsgebiet aufkommenden Hauszinssteuer aufbringt, fordert, daß wenigstens die Hälfte des Gemeindeanteils nach dem Verhältnis des örtlichen Aufkommens verteilt werden soll.

Das Bild der Benachteiligung Berlins wird vollständig, wenn man noch auf die Verkürzung des Anteils an der Umjagsteuer hinweist, die Berlin durch die Berücksichtigung der Schulkinderzahl bei Festlegung des Verteilungsschlüssels erfährt. Der Oberbürgermeister schließt die Eingabe mit einem Appell an den Landtag, den Vorschlägen der Stadtverwaltung im Interesse der aufs höchste leidenden Hauptstadt bei der Neuverteilung des Finanzausgleiches zu folgen.

In der Nachmittagsitzung erörterte man weiter sehr ausführlich, was die angelegten Stadtbauinspektoren Schmitt und Hoffmann taten, nachdem durch die Revisionen die Tatsache der gefälschten Bestellscheine und der von den Sklarets als „Bezirksämter“ getätigten Zahlungen zur Fortführung von Bestellungen aufgedeckt worden waren. Hoffmann hatte bekanntlich bei den Sklarets antelephoniert und sie ins Bild gesetzt, daß Unstimmigkeiten entdeckt waren, und zwar angeblich deshalb, weil er Sklarets-Angeheer als Täter im Verdacht hatte. Willi und Nat Sklaret gingen nun am nächsten Tage zur Stadtbank, Schmitt erklärte aber, daß er mit der Sache nichts zu tun haben wollte, sondern nach Waren zur Jagd fahren müsse, was er auch wirklich tat, und dort einen Hirsch schoß. Willi Sklaret behauptete man gestern, daß sich Nat Sklaret sicher mit Schmitt am Sonntag über die Fällungsangelegenheit ausgesprochen hätte, was Schmitt aber bestritt und behauptete, daß Nat Sklaret an dem betreffenden Sonntag gar nicht in Waren gewesen sei. — Rechtsanwalt Bahn regte dann an, ob es nicht möglich sei, von Nat Sklaret eine Äußerung zu dieser Angelegenheit zu erhalten, der Vorsitzende erklärte aber, daß sich das Bestehen des Nat Sklarets nach den Berichten der Kasse so verschlechtert habe, daß eine Verständigung mit ihm vollkommen unmöglich sei und deshalb auch eine erneute gerichtliche Untersuchung zwecklos wäre.

Blutige Familientragödie.

Ehefrau schießt auf ihren Mann.

In Charlottenburg in der Waißstraße, in der Nähe des Kurfürstendamms, ereignete sich gestern mittag eine blutige Familientragödie. Im Verlauf einer heftigen ehelichen Auseinandersetzung griff die 47jährige Ehefrau Berta Dosing zur Waffe und gab aus einem Trommelrevolver einen Schuß auf ihren 55jährigen Ehemann Paul ab, der mit einem Brustschuß zusammenbrach. Der Verletzte mußte ins Krankenhaus Westend gebracht werden, während die Täterin von der Polizei festgenommen wurde. Das Ehepaar lebt seit längerer Zeit in Scheidung, und gestern mittag war es aus diesem Grunde wiederum zwischen Mann und Frau zu heftigen Szenen gekommen.

Die Meuterei in Dartmoor.

Angeblieh revolutionäre Propaganda als Ursache.

London, 25. Januar.

Im Innenministerium fand am Montag eine dringende Sonder Sitzung zur Erörterung der Vorfälle im Dartmoorer Gefängnis statt. Es wurde ein Untersuchungsausschuß von zwei Beamten eingesetzt, der am Dienstag seine Arbeiten aufnehmen wird. Die bisherigen Nachforschungen haben ergeben, daß die Meuterei von langer Hand vorbereitet und zum Teil auf revolutionäre Propaganda zurückzuführen war. Einer der Hauptredner war ein bekannter Schwerverbrecher, der den Behörden am Montag wichtige Geständnisse über die Entstehung der Meuterei ablegte, über deren Inhalt jedoch noch nichts mitgeteilt wurde. Im übrigen ist jedoch die Ruhe wiederhergestellt. Die Wachen an allen wichtigen Punkten des Gefängnisses sind verdreifacht worden. Die Wärter sind sämtlich mit geladenen Revolvern versehen worden.

Frenzel-Revision verworfen!

Der zweite Strafsenat des Reichsgerichts hat die Revision des wegen Blutschande an seinen Töchtern zu 1 Jahre 6 Monaten Zuchthaus verurteilten Amtsvorstehers Frenzel aus Bornim bei Potsdam verworfen. Die dem Antrag des Reichsanwalts entsprechende Entscheidung des Reichsgerichts, die sicherlich ihre juristische Rechtfertigung finden wird, kann in menschlicher Hinsicht nicht befriedigen. Die starke Kritik der Öffentlichkeit an dem Potsdamer Urteil beruht vor allem darauf, daß sich dieses Urteil im wesentlichen auf der Aussage der jugendlichen Zeugin Gertrud Frenzel gründete. Von fast allen Sach-

Um den Sklarek-Kassiber.

Dr. Alsberg so'l a's Zeuge geladen werden.

Im Sklarek-Prozess hatten gestern die beiden Verteidiger der Hauptangeklagten, Rechtsanwalt Dr. Pindar und Dr. Julius Meyer I, ihre Absicht, am heutigen Tage nicht zu erscheinen, wahrgemacht. Der dritte Sklarek-Verteidiger, Rechtsanwalt Dr. Rabell, der an dem Zusammenstoß mit dem Vorsitzenden in der letzten Sitzung nicht beteiligt war, hatte sich diesem Vorgehen allerdings nicht angeschlossen.

Im weiteren Verlauf gab es dann eine große Überraschung, als Willi Sklarek plötzlich noch einmal auf die Kassiber-angelegenheit einging. Er erklärte, daß Rechtsanwalt Professor Dr. Alsberg ihn und seinen Bruder Leo während der Untersuchungshaft aufgelockert und mit ihnen über die Prozedur gesprochen habe. Da Nat Sklarek damals schon zu krank gewesen sei, habe er, Willi Sklarek, Dr. Alsberg Informationen gegeben, wie der Tatbestand wirklich gewesen sei. Wie diese Informationen zu Nat Sklarek in die Zelle gekommen seien, wisse er auch nicht. In Uebereinstimmung mit Rechtsanwalt Dr. Rabell bitte ich, Dr. Alsberg und Dr. Gollmitz als Zeugen zu laden, damit sie bestätigen, daß es sich nicht um einen Kassiber

handelt, sondern nur um meine Informationen. Vorf.: Ich denke, der geistige Vater der Punkte war Leo Sklarek, das hat er doch wenigstens neulich hier gesagt. Dann müßten Sie doch alle beide unabhängig voneinander dasselbe gesagt haben. Willi Sklarek: Das stimmt auch. Das ist sogar dem Untersuchungsrichter Dr. Rosenmann aufgefallen. Der sagte einmal zu mir: „Wenn man nicht wüßte, daß Leo Sklarek lügt, so müßte man annehmen, daß Sie sich untereinander besprochen haben.“ Vorf.: Daß die 20 Punkte, die man bei Nat in der Zelle gefunden hat, aus dem Alsberg'schen Büro stammen sollen, ist schon in dem Ehrengerichtsverfahren gegen Rechtsanwalt Funge angedeutet worden. — Rechtsanwalt Tuppe erklärte, daß Professor Dr. Alsberg mit der Sache nichts zu tun habe, so daß er bitte, lediglich Rechtsanwalt Gollmitz zu laden. Vorf.: Ich glaube nicht, daß es bei der Urteilsfindung auf den Kassiber so sehr ankommt.

Die Auseinandersetzung fand ihren Abschluß mit der Erklärung des Vorsitzenden, er bitte, die Beweisangebote schriftlich zu formulieren, damit sich das Gericht darüber schlußfassen könne, ob die beantragten Vernehmungen für die Urteilsfindung wichtig seien, worauf es allein ankomme.



Nach einem Tagebuchroman von Karl Hans Schöber erzählt von Erich Knaut

Oben hängt Gilbert über den stählernen Rand des Nestes und schreit aus voller Kehle: „Ich schlage Tolstoi vor!“ Der antwortet: „Gut! Aber auch du gehst mit und bastest!“ Er zwängt sich durch den Haufen und kriecht auf den Geschützturm und spricht zu uns, wir sollen uns nicht einschüchtern lassen, und es mügen sich noch zehn Mann melden, die auf Achter mitkommen sollen.

Sofort treten genug vor. Tolstoi geht voran, dann folgen Gilbert und Voltes, und dahinter kommen wir zehn Mann. Der Posten auf Achter verstellt uns den Weg. Aber er gibt uns ein stummes Zeichen, daß er nur Theater spielt und daß wir ihn „gewaltsam“ entfernen sollen. Also hebt Tolstoi den Arm: „Weg frei!“

Aber der Posten weicht nicht von der Stelle. Auf einen Witz Tolstois drückt der Matrosenhafen von Freideck gegen Mittschiff vor. Da erscheint vor uns der Kommandant mit dem verhaßtesten unserer Offiziere, mit dem „Lange Docht“. Der Kommandant ist ziemlich nervös, tritt auf Tolstoi zu: „Ja, was ist denn los?“ — und schnäuzt sich ins Taschentuch.

Tolstoi macht nicht viel Worte. Er zeigt auf uns und sagt: „Die Menge ist ungenügend. Zweimal täglich Drohverhau! Wir haben die Schnauze voll!“

Der „Lange Docht“ zieht eine Fresse: „Und mit solchen Reuten sollen wir den Krieg gewinnen!“ Er lästert dem Kommandanten etwas ins Ohr und verschwindet.

Mit etwas geneigtem Kopf steht der Kommandant da und bläht uns mit unklaren Augen an: „Ja, da werde ich eben Befehl geben, daß doppelte Portionen verteilt werden.“ Und er läßt den Proviantmeister suchen.

Der Detailoffizier kommt. Er ist ziemlich aufgeregt und tritt ein paarmal beim Besteigen der Kommandobrücke daneben, und seine Stimme zittert: „Gebudd, in einer Stunde bekommt ihr Matkaroni mit Konservenfleisch.“

Aber der Matrosenhafen läßt sich nicht irre machen: „Frisch dein Eisfleisch selber!“ Und einige ergreifen die Eimer mit Dörrgemüse und schütten sie über Bord.

Pflichtlich ein Hornistensignal! Alle kommen in Unruhe. Und jetzt geht ein Offizier zum Geschützturm und verliest ein Radiotelegramm:

„Seine Majestät der Kaiser . . .“
„Haut ihn!“ ruft einer.
„Seine Majestät der Kaiser . . .“
„Halt die Schnauze!“
„. . . hat den Waffenstillstand auf sämtlichen Fronten angeordnet.“

Eine Sekunde lang sind die Mannschaften verblüfft. Aber dann geht es los: „Schwindel! Beruhigungspulver!“

Der Offizier steunt, zuckt die Achseln und schiebt ab. Und dem Kommandant, das steht man, wird es ganz mulmig. Er spricht mit dem Detailoffizier. Der dreht sich um und ruft: „Sprachenweise antreten!“ Reicht die Kappe vom Kopf und schreit noch einmal: „Sprachenweise antreten! Seine Erzellenz will mit der Befehlung nach Nationen geordnet sprechen!“

Tolstoi: „Erzellenz hin, Erzellenz her! Wir lassen uns nicht verhegen!“

Und die Befehlung geht mit erhobenen Fäusten auf den Detailoffizier los, der sich sofort verkrümelt. Der Kommandant umkrallt seinen Degen und macht einen Schritt auf uns zu: „Worum tritt die Befehlung nicht sprachenweise an?“

Tolstoi nimmt ihn aufs Korn: „Wir wissen, was Sie wollen! Parteien bilden! Zwietracht unter uns!“ Und er wirft seine Kappe hoch und schreit: „Wir kennen die Herren vom Achterdeck! Fertigt!“

Der Kommandant steht da wie von allen Geistern verlassen, dann wendet er sich kurz und zieht mit dem Detailoffizier ab.

Wir stehen noch beisammen und wissen nicht, was wir tun sollen. Da hören wir aus Unterdeck einen dumpfen

Knall. Einige rennen hinunter. Und dann kommt einer wieder, blaß und aufgeregt: „Der Detailoffizier — eine Kugel in den Kopf.“

„Wenn weiter nichts ist“, sagt einer neben mir, „ich habe den Krieg nicht gewollt.“

Alles zum Teufel!

Das war eine tolle Nacht. Im Schlaf war nicht zu denken. Und jetzt dämmert der Morgen über der Adria.

Was ist denn mit dem „Lange Docht“ los? Der läuft, die Pistole in der Klaue, wie ein Berrückter auf Mittschiff herum und jagt ein paar herumstehende Matrosen auf. Die erheben sich langsam und lachen. „So sieht der aus!“

Schon ist Tolstoi zur Stelle. Er befiehlt dem Hornisten: „Signal! Sofort alle Mann an Deck!“

Der „Lange Docht“ brüllt dazwischen: „Das gibt es nicht! Abtreten!“

Der Unteroffizier vom Tage erfährt die Situation, rennt unter Deck, und der Hornist signalisiert von Mittschiff aus die Befehlung auf eigene Faust und ohne sich um den Offizier zu kümmern.

Die ganze Besatzung samt allen Unteroffizieren stellt sich am Freideck auf. Einige rennen nach Achter, um die Herrschaften da hinten besser zu beobachten. Ehe Tolstoi richtig zu Worte kommen kann, rufen die Beobachtungsposten: „Hallo! Die Offiziere! Mit Pistolen bewaffnet!“

Jetzt platzt die Bombe. Tolstoi reißt seine Faust hoch: „Wir werden ihnen Luft machen!“

Entweder wir oder sie!

„Sturm!“
Mehr als tausend Mann stürmen mit aller Wucht aufs Achterdeck. Am Geschützturm teilt sich der Haufen auf Bord und Steuerbord. Eine Barricade aus Holzbottichen steht uns im Wege.

Schon liegt sie über Bord. „Drauf! Drauf!“
„Macht keine Fagen! Packt sie beim Kragen!“ schreit einer hinter mir und packt mich, als wenn ich der Kommandant wäre.

Bählschnell kriechen einige auf den Geschützturm. Ich hinterher. Der vor mir ist langsam. Ich stoß ihn mit dem Kopf in den Hintern: „Kreuzhimmeldonnerwetter! Feist! Mensch, streck deine Ober!“

(Fortsetzung folgt.)

verhändigt wurde Gertrud Frenzel als hysterisch und unglaubwürdig bezeichnet. Nur der Sachverständige Dr. Blaut erklärte in seinem Gutachten die Zeugin als einwandfrei. Später drangen aber Gerüchte darüber durch, daß Dr. Blaut seine Meinung nachträglich geändert haben soll. Dr. Blaut hat zu dieser Behauptung öffentlich keine Stellung genommen.

Angler an Goerdeler.

Die teuren Angelfarten. — Herr Goerdeler, Sie angeln doch auch gern.

Von Berliner Anglern wird uns geschrieben:

Die Fischerinnung Köpenick-Rick, wohl die größte Fischerinteressentenvereinigung in Groß-Berlin, gibt zu Beginn jeden Jahres Angelfarten aus für die Flüsse und Seen, die sie vom preussischen Wasserfiskus langfristig gepachtet hat. Der Preis einer solchen Angelfarte ist im Laufe der letzten 25 Jahre von 3 M. auf 20 M. gestiegen. Schon im vergangenen Jahre war es vielen Anglern schwer, diesen hohen Preis aufzubringen, denn die überwiegende Zahl der Angler rekrutiert sich aus den Arbeiterkreisen. Die zahlungsfähigeren Angler angeln nicht in Spree und Dahme, sie fahren weiter fort auf Berlin, wo es nach Hechte und Zander gibt und wo das Angeln auf diese edleren Fischarten auch noch gestattet ist; für die Benutzer der Köpenicker Karten ist diese Angelfahrt bei Strafe verboten.

Man sollte nun meinen, daß die Köpenick-Ricker Karten in diesem Jahre im Preis wesentlich herabgesetzt worden wären mit Rücksicht auf den allgemeinen Preisabbau und mit Rücksicht darauf, daß die überwiegend armen Angler die Fische als Ernährungsbeitrag benötigen. Daß die Karten den Stempel der Stadt Berlin, Bezirksamt Köpenick tragen, sollte eine Kontrolle und Reduzierung der Preise erwarten lassen. Der Reichskommissar für Preisfestsetzung Dr. Goerdeler ist selbst Angler; wir appellieren an sein Mitgefühl mit uns armen Anglern und schlagen folgende Festsetzung für Anglerlaubkarten inkl. Fischereischein vor: Karten für das eigene Berlin 2 M., Karten von Köpenick für Spree und Dahme 10 M., für Erwerbslose 5 M. Wenn uns dieser Wunsch erfüllt würde, so wollen wir Herrn Dr. Goerdeler gern danken mit einem kräftigen „Petri Heil“ für 1932.

Die Eisernen Front in Grünau.

Eine gewaltige Kundgebung der Eisernen Front sah am Freitagabend der reaktionäre Vorort Grünau. Der Saal des Gesellschaftshauses war vollkommen überfüllt. Dicht gedrängt standen noch die Kämpfer der Eisernen Front. Das Tambourkorps des Reichsbanners leitete die Beerdigung mit Freiheitsmärschen ein. Unter freiem Beifall der Versammlung betrat den die Jungbannführer mit den Fahnen der Republik und die Sozialistische Arbeiterjugend mit den alten Farben der Freiheit den Saal. Der Redner des Abends war Genosse Dr. Michler und sprach über das Thema: „Eisern schlägt die Front!“ Er entwickelte ein anschauliches Bild über den Faschismus, der nur ausgehalten werde vom kapitalistischen Unternehmertum, das darauf hoffe, nach dem faschistischen Siege die Arbeiterklasse um so besser auszunutzen zu können. Undächtig lauschte die Versammlung den wie Keulen schlagenden Beispielen der Aneignung der italienischen Arbeiterklasse, die unter dem faschistischen Joch leuzte. Zuletzt forderte Genosse Michler alle Anwesenden auf, sich einzureihen in die Eisernen Front zur Abwehr faschistischer Aneignung. Nicht wirkungslos wurde die Geschlossenheit der Arbeiterklasse durch einen Sprechchor hervorgehoben. Schließlich gab es eine kleine, aber sehr wirkungsvolle Szene: Ein gewaltiges Hakenkreuz „lernte“ die Bühne. Von einzelnen Jugendgenossen wurde es vergeblich angegriffen; aber dann kam die Masse unter dem Spruch: „Einzelne sind wir nichts, geschlossen sind wir alles!“ und schon lag das Schandmal der Hitlerpartei kurz und klein zerstampft am Boden. Mit einem Hoch auf die Eisernen Front, in das die Anwesenden begeistert einstimmten, wurde die Versammlung geschlossen.

Die siebente Grüne.

Was man am Kaiserdamm alles sehen wird.

Draußen, in Charlottenburg, in den riesigen Hallen des städtischen Ausstellungs- und Messeplatzes, wird jetzt vom frühen Morgen bis in den späten Abend hinein wie toll gearbeitet. Die Grüne Woche, die siebente, seit Jahren die meist genante und zweifellos auch populärste Ausstellung, muß bis zum kommenden Sonnabend fit und fertig sein. Viele Berliner glauben immer noch, die Grüne Woche sei einzig und allein eine Angelegenheit der „Agrarier“, der hiederen Männer vom Lande, die mit Toppe oder Ledermantel, mit Jagdtornier und dem üblichen Kofferpfeife am Hut, um diese Zeit munterhaft in Berlin aufzutauchen. Die Berliner mögen selber entscheiden, wenn sie hören, was es da draußen zu sehen gibt, ob nur die wackeren Leute vom platten Land daran teilhaben sollen, oder ob nicht etwa auch die Berliner allerlei Interessantes finden.

Da wäre zuerst die Sonderchau **Deutscher Wald — Deutsches Holz** zu nennen. Allein dieser Tip müßte genügen, um die Wanderer, Touristen, Natur- und Heimatfreunde, jung und alt, Männlein und Weiblein, in Massen nach Charlottenburg zu ziehen. **Deutscher Wald**; wer kann denn dieser Parole widerstehen? Die Schau wird vom Reichsforstwirtschaftsrat, dem Deutschen Forstverein und dem preussischen Landwirtschaftsministerium veranstaltet, wird in Halle I aufgebaut und erstmalig einen umfassenden Ueberblick über das Gesamtgebiet der deutschen Waldwirtschaft geben, deren enge Verbundenheit mit der allgemeinen Volkswirtschaft verständlich werden soll. Man wird sehen können, wie ein Wald entsteht, und man wird die vielfachen Arbeiten kennenlernen, die das tägliche Geschäft des „Forstmannes“ sind, von dem der Städter oft glaubt, er habe weiter nichts zu tun, als mit der Finte gemächlich durch den Wald zu spazieren. Dann sind da die Erzeugnisse des Waldes, die tausendfachen modernen Möglichkeiten der Holzverwertung, vom Strohholz bis zum Sieblingsholz aus Holz. Eine komplette Försterei wird aufgebaut, die als Musterbeispiel mit allen Einrichtungen und Verbrauchsgegenständen ausschließlich aus Holz besteht.

Eine weitere Attraktion von allgemeinem Interesse dürfte die **Milchschau** sein, die voraussichtlich von 500 Kollern und mit über 1000 Warenproben besetzt werden wird. Wer macht die beste Milch, Butter- und Käseart — das ist die große Frage, die ein mit gutem Geschmack und den neuesten Instrumenten versehenes Preisrichterkollegium im Interesse der verbrauchenden Hausfrau beantworten soll — ein stärkster Ansporn gleichzeitig für alle Produzenten, die die ausländische Konkurrenz auf diesem Gebiete nicht allein mit Zöllen, sondern vorwiegend durch die Qualität verdrängen sollen. Die Leitung liegt in Händen des Milchwirtschaftlichen Insti-

Aussprache über „Felsenck“

Sozialdemokraten wollen Polizeischutz. — Kommunisten dagegen.

Der Ueberfall auf die Laubenzkolonie „Felsenck“ führte zu einer großen Aussprache in der Reichsendorfer Bezirksversammlung. Hierzu hatten neben den Sozialdemokraten auch die Kommunisten einen Antrag eingebracht. Der Sprecher der Kommunisten machte — wer wundert sich noch darüber — selbstverständlich die Sozialdemokratie mitverantwortlich für den Ueberfall. Der nationalsozialistische Redner wiederum versuchte nachzuweisen, daß die Nazis die Angegriffenen gewesen seien. Genosse Kreutlein erklärte: Nazis und Kommunisten haben den politischen Kampf durch Ueberfall, Terror und Mord vergiftet. Sie sind es, die den Taten von Begehrerern ein politisches Mäntelchen umhängen. Die Sozialdemokratie führt den Kampf mit geistigen Waffen, die aufgefälschte Arbeiterklasse lehnt die Gewaltmethoden ab. An der von der Arbeiterklasse gebildeten Eisernen Front werden sich ihre Gegner die Köpfe einrennen.

Der sozialdemokratische Antrag, der für die Kolonie bessere Beleuchtung und erhöhten polizeilichen Schutz erreichen wollte, wurde mit Hilfe der Kommunisten abgelehnt. Bemerkenswert ist noch, daß die Rede des Nazis von den Kommunisten mit Gebrüll begleitet wurde, daß sich aber niemand von ihnen noch einmal zum Wort meldete, um dem Nazi zu antworten. Das überlassen sie den Sozialdemokraten. Der übrige Teil der Tagesordnung brachte die Wiederwahl des Genossen Knuth zum Schriftführer der Versammlung. Einem von dem Bezirksamt vorgelegten Verträge betreffs Errichtung eines Freibades am Tegeler See an der Scharfenberger Enge wurde zugestimmt. Da die Zustimmung der zentralen Behörden erfolgen wird, erscheint die Errichtung des Freibades, wenn auch vorläufig noch von privater Seite, gesichert.

30 Personen in Voruntersuchung.

Wegen der Vorgänge in der Kolonie Felsenck.

Der Untersuchungsrichter beim Landgericht III hat am Montag die Voruntersuchung gegen 30 Personen, die an dem Zusammenstoß in der Kolonie Felsenck beteiligt sind, eröffnet. Gegen 11 Nationalsozialisten ist die Voruntersuchung eröffnet wegen des Verdachts des gemeinsamen Totschlags an dem Arbeiter Fritz Klemke, gegen 17 Kommunisten wegen versuchten Totschlags, gegen 2 Mitglieder des Kampfbundes gegen den Faschismus wegen gemeinschaftlichen Totschlags an dem Kunstmaler Schwarz und versuchten Totschlags an dem Werkzeugschleifer Bittkowski.

Die Beifegung des Arbeiters Klemke.

Krawalle am Wedding. — Demonstrationen aufgelöst.

Am Krematorium in der Gerichtstraße fand gestern Abend die Trauerfeier für den von Hakenkreuzern erschossenen Arbeiter Klemke aus der Kolonie „Felsenck“ in Reichsendorf statt. An der Trauerfeier nahmen etwa 1500 Personen teil. Obgleich der Beginn der Trauerfeierlichkeiten erst auf 19 Uhr angesetzt war, versuchten bereits gegen 17.30 Uhr größere Gruppen Kommunisten in

Achtung Fürsorge, Fürsorgefrauen, Funktionäre der Arbeiterwohlfahrt.

Donnerstag, 28. Januar, 20 Uhr, im Oskollensaal der Kammersäle Teltower Str. 1-4, Vortrag über

Finanzfragen und Wohlfahrtspflege

Referent: Genosse Stadtkämmerer Asch. Zahlreiche Beteiligung wird erwartet.

tales Oranienburg unter Mitarbeit der Brandenburgischen Landwirtschaftskammer, des Reichs-Milchsausschusses und anderer Stellen.

Halle III wird die gleichfalls wieder stattfindende **Jagdtausstellung** beherbergen, mit der eine Prämierung der besten Jagdbeute stattfindet. Fisch und Fischzucht werden nicht nur eine den Berufsfischer und den Sportangler, sondern auch jeden Laien interessierende Darstellung finden. Man wird den Wal, diesen immer noch rätselhaften Fisch, in einer wissenschaftlich durchdachten Sonderschau beobachten können. Vom Laich bis zum Kal auf dem Teller werden die Verwandlungsformen des Fisches auf seiner Wanderung aus der Tiefe des Atlantischen Ozeans bis zu den kleinsten Mooregraben unserer Heimat in naturwissenschaftlich einwandfreier Weise gezeigt werden. — Eine **Kasshunderausstellung** wird am 6. und 7. Februar 1932 in Halle VI des Ausstellungsgeländes Hunde aller Rassen zeigen. Der Meldeschluß ist auf den 28. Januar festgesetzt.

Für alle unsere Kleinstädter und für solche, die es werden wollen, wird die Abteilung **Geflügelzucht** wieder sehr viel Neues und Beachtenswertes bieten. Die deutsche Geflügelzucht stellt einen Gesamtwert von 1 1/2 Milliarden Mark dar. Dapon entfallen 600 Millionen Mark auf Eier, über 500 Millionen auf Geflügelfleisch und 50 Millionen auf Federn und Dünger. Bei dem ständig steigendem Bedarf an Geflügel müssen immer noch hier etwa 330 Millionen Mark Geflügel aus dem Ausland eingeführt werden, so daß Deutschland alles in allem für rund 1 1/2 Milliarden Mark Geflügel verbraucht. — Eine **Kanarienschau** wird die Herzen der Züchter erfreuen; z. B. **Widderkanarienen** mit langen herabhängenden Schlappohren, **seidenweiße Angorakanarienen** u. a.

Für **Wägen** wird eine große Verbeneranstaltung, **Traktorschau**, unter Mitwirkung des Traktoren-Besitzer-Verbandes e. V. Berlin, von Belang sein. In den letzten Jahren läßt sich ein besonders starker Aufschwung in der fortschreitenden Motorisierung in der Landwirtschaft feststellen. So sind von den zur Zeit in Deutschland laufenden 26 686 Schleppern 15 659 in land- und forstwirtschaftlichen Betrieben in Gebrauch. Diese Sonderveranstaltung wird dem Besucher der „Grünen Woche Berlin 1932“ neben den neuesten Typen von deutschen und ausländischen Motorschleppern, Motorspüßen, Ketten- und Schneeschleppern (Raupen), auch Dampfspüße, Motorspüßmaschinen, Bodenrößen, Antriebs- und Zugmotoren sowie sämtliche Anhängergerätee zeigen. Schließlich wird eine **internationale Verpackungsmaterialienchau**, die das Institut für landwirtschaftliche Marktforschung unter Leitung von Professor Dr. Brandt ausstellt, zu erwähnen sein. Die Schau umfaßt eine systematische Sammlung von Verpackungsmaterial für Agrarprodukte aus allen Ländern der Welt.

nächster Nähe des Krematoriums trotz des polizeilichen Verbotes Demonstrationen und Ansammlungen zu bilden. Es mußten mehrere Hundertschaften Schupo eingesetzt werden, die gegen 18.30 Uhr zur völligen Räumung der Gerichtstraße, des Rittelbeckplatzes und der Köpflinger Straße schreiten mußten. Die polizeilichen Abperrungsmaßnahmen, die sehr genau durchgeführt wurden, konnten erst in den späten Abendstunden wieder aufgehoben werden, da sich immerfort neue Ansammlungen bildeten.

Schießerei auf der Chausseestraße.

Zwei Kommunisten wegen Landfriedensbruch verurteilt.

Wieder steht man vor einer Reihe nationalsozialistischer und kommunistischer Ueberfälle. Die kommunistische Jugend kümmert sich nicht um die Verfügung der SPD-Zentrale, den individuellen Terror einzustellen; die Nationalsozialisten haben in Wirklichkeit keinen Augenblick, selbst nicht während des „Bürgerfriedens“, von ihren Gewaltmethoden politischen Gegnern gegenüber abgelassen.

Nur einen glücklichen Zufall ist es zu verdanken, daß am Donnerstag, dem 21. Januar, eine Schießerei zwischen Kommunisten und Nationalsozialisten Ecke Schlegel- und Chausseestraße ohne blutige Opfer verlaufen ist. Die Nationalsozialisten befanden sich auf dem Wege zum Kriegervereinshaus und wurden von Kommunisten angegriffen. Es fielen Schüsse. Die Nationalsozialisten wandten sich an den Verkehrsapparat; sie behaupteten, Kommunisten hätten geschossen. Zwei junge Leute wurden verhaftet, der eine an Ort und Stelle, der andere am nächsten Tage; es waren dies der 23jährige Hausdiener H. und der 24jährige Erwerbslose E. Mitglied der kommunistischen Jugend, der letztere bei Feind und Freund bekannt unter dem Spitznamen „Schlageter“. Mehr als einmal war er in Unterjungen wegen Schlägereien verurteilt; er behauptete stets, seine Gegner wollten ihn eins ausmischen und beschuldigten ihn ungerechtfertigterweise. Einmal wurde er doch vom Jugendgericht wegen Landfriedensbruchs zu 6 Monaten Gefängnis unter Zubilligung einer Bewährungsfrist verurteilt. Auch diesmal erklärte er, nicht dabei gewesen zu sein. Der 23jährige H., früher Mitglied eines christlichen Jünglingsvereins und eines nationalen Pfadfinderverbandes, jetzt gleichfalls Kommunist, bestritt, mit der Schießerei etwas zu tun gehabt zu haben; er sei auf dem Wege zur Aufführung der „Mutter“ von Gorki gewesen. Die nationalsozialistischen Zeugen behaupteten sämtlich mit verdächtiger Uebereinstimmung, daß sie die beiden Angeklagten mit voller Bestimmtheit als Teilnehmer der Schießerei wiedererkennen, daß H. den Schuß abgefeuert und E. seine Pistole gezogen habe.

Der Staatsanwalt beantragte wegen einfachen Landfriedensbruchs — die Anklage wegen unbefugten Waffenbesitzes wurde fallengelassen — eine Gefängnisstrafe von je einem Jahr. Beide Angeklagte meinten während der Beratungspause wie Kinder. Das Gericht verurteilte wegen Landfriedensbruchs H. zu neun Monaten, E. zu einem Jahr Gefängnis.

Dem toten Kameraden.

Die **Freie Nationalistische Schülerschaft** und der **Deutsche Republikanische Studentenbund** hatten am Sonntag zu einer Trauerfeier für den Oberprimaner **Walter Korisch** in den Landtag geladen. Einige Wochen ist es her, daß der junge Republikaner von seinen nationalsozialistisch verlegten Mitschülern in den Tod getrieben wurde. Regierungsrat Dr. **Walter Kolb** sprach Worte des Gedankens. Seine Worte waren eine Anklage gegen die politische Verheerung der Jugend und ein Aufruf, sich endlich energisch gegen diese Verheerung zur Wehr zu setzen. **Willy Ost** werden heute politische Morde begangen, sagte er, aber dieser Fall liegt deshalb so besonders tragisch, weil es sich um einen ganz jungen und einen unserer Besten handelt. Dieser junge Mensch wurde von seinen Mitschülern in den Tod gehetzt, nur weil er sich treu zur Republik bekannte. In seinem Geiste sprachen wir, wenn wir sagen, daß wir den gewalttätigen Kampf ablehnen, aber wenn wir immer und immer wieder bedroht werden, dann werden wir nicht umhin können, endlich auch Gewalt gegen Gewalt zu setzen. Wir stellen aber auch als eine Notwendigkeit und Forderung fest, daß, wenn dieser Staat sich nicht ganz auflösen, er den Weg beschreiten muß, den ihn seine Gegner aufzwingen. Stilles Gedenken dem toten Kameraden, das Gelbdenk der republikanischen Schüler, im Kampfe für die soziale Republik und gegen den Nationalsozialismus nicht zu ermüden, beendete die Trauerfeier.

Arbeiterwohlfahrt und Fürsorgeerziehung.

Die **Arbeiterwohlfahrt** veranstaltete im 19. Kreis in **Pantom** im Konzerthaus Lindner, Breitenstraße, am letzten Mittwoch einen **Filmabend**, der von 500 bis 600 Personen besucht war. Der große Saal war bis auf den letzten Platz gefüllt. Es wurde der Film „**Immenhof**“, das Erziehungsheim der Arbeiterwohlfahrt, gezeigt, der mit reichem Beifall aufgenommen wurde. Die Genossin **Dr. Erna Magnus** sprach über Fürsorgeerziehung im sozialistischen Sinne und wies besonders darauf hin, daß die Jugendlichen nicht mit körperlichen und seelischen Schlägen zu erziehen sind. Die Arbeiterwohlfahrtschule habe es sich zur Aufgabe gemacht, Fürsorge heranzubilden, die die Jugendlichen zu frohen und freien Menschen erziehe. Welche Erfolge die Fürsorgeerziehung nach der alten Methode erreichte, zeigte dann der Film „**Renolte im Erziehungsheim**“. Während der Vorführung kam es wiederholt zu großen Beifallsstürmen. Der **Ruffkreis** der Arbeiterwohlfahrt des 19. Kreises umrahmte die Veranstaltung mit einem Konzert, die Genossin **Anny Weichhammer** mit guten Regitationen.

Genosse Louis Leibach ist jetzt über 40 Jahre Mitglied der Sozialdemokratischen Partei. Seit 1914 ist er Gemeindevorsteher bzw. Bezirksverordneter, seit mehreren Jahren Stadtrat; ihm untersteht im 12. reaktionären Steglitzer Bezirk das Gesundheitsamt.

Genosse Hermann Jömel, Prenzlauer Allee 201, vollendete seinen das 70. Lebensjahr. 40 Jahre steht er ununterbrochen in der sozialdemokratischen Bewegung.

Seinen 70. Geburtstag begeht am Mittwoch, 27. Januar, **Genosse Rudolf Müller**, Tempelhofer, Ringbahnstraße 11. Er ist einer der wenigen noch lebenden Mitbegründer des Bahnervereins Tempelhofer, der vor gut 40 Jahren bei Bocksdorf in der Chausseestraße in Mariendorf unter dem Namen „Arbeiterbildungsverein für Mariendorf und Umgebung“ aus der Taufe gehoben wurde. Gewerkschaftlich gehörte Genosse Müller zunächst dem Metallarbeiter-, später dem Gemeinde- und Staatsarbeiterverband an.

Starke Räte ist für die Haut nicht gut. Schützen Sie sich durch Verwendung der gegen die Rote der Haut so erfolgreichen **Crema Leodor**, tolle **Badung** fettfrei — **blaue** **Badung** fetthaltig. **Unter-Vorkriegspreis**.

Zehn vom Verein Wetterfest.

Kriminalpolizei räumt mit Unterweltwachstums auf.

Die Berliner Kriminalpolizei hat sich veranlaßt gesehen, gegen den Wachstum in der Unterwelt energisch vorzugehen. Im Norden Berlins wurden gestern nach einer umfangreichen Razzia zehn Mitglieder des Vereins „Wetterfest“ verhaftet. Es handelt sich durchweg um junge Burken, die — da die älteren Eindringler usw. langsam „allegehen“ — den Wachstum bilden. Da die Burken für Geldschranksachen usw. noch zu ungeschickt sind, sind sie von allen Unterweltlern auf Straßenraub und Geschäftseinbruch dreifert worden. Die Bande „Wetterfest“ hielt sich besonders in der Gegend des Arnnaparkes auf. Den Burken konnten bisher 28 Einbrüche nachgewiesen werden. Sie lebten außerdem von nächtlichen Überfällen und Plünderungen von Lebensmittelgeschäften. Bei ihnen wurden schwere Pistolen vorgefunden. Es sind zumeist entwichene Fürsorgezöglinge, die jetzt alle dem Jugendrichter zugeführt wurden.

Mit 32 Mann untergegangen.

Katastrophe eines russischen Fischdampfers.

Wie aus Tromsø gemeldet wird, nimmt man an, daß der russische Fischdampfer „Makrel“, der Anfang Dezember aus Murman abgefahren ist, untergegangen ist. Die letzte Meldung liegt vom 20. Dezember vor. Eine Expedition, die auf die Suche nach dem Dampfer ausgesandt war, ist ergebnislos zurückgekehrt. Man hat lediglich ein Rettungsboot des vermissten Dampfers gefunden. Das Schiff hatte 32 Mann Besatzung.

Wieder Grundstückschwindler vor Gericht.

Ein Freund des Stadtrates Busch.

Dunkle Vorgänge in dem Grundstücksdezernat des verstorbenen Stadtrats Busch, die aber erst in einer neuen Verhandlung am 11. Februar durch eingehende Beweisaufnahme geklärt werden sollen, kamen vor dem dem Schöffengericht Berlin-Mitte in einer Anklagesache wegen Betruges und Unterschlagung gegen den Steuerhelfer Martin Henschel zur Sprache.

Im Jahre 1920 tauchte das Gerücht auf, daß der Magistrat einen Durchbruch der Lindenstraße nach der Jossener Straße plane. Dieses angebliche Projekt mochte sich der Angeklagte zu nütze. Unter der geheimnisvollen Andeutung, daß er zu dem zuständigen Dezernenten, Stadtrat Busch, und zu dem inzwischen gleichfalls verstorbenen deutschnationalen Stadterordneten Justizrat Dr. Lüdicke sehr enge Beziehungen habe, suchte er Geschäftsinhaber in den Häusern, die bei dem Straßendurchbruch abgerissen werden sollten, auf und bot ihnen seine Vermittlung für hohe Entschädigungen an. Er schloß mit ihnen Provisionsverträge ab, nach welchen er 3 Prozent von der ausgezahlten Entschädigungssumme erhalten sollte. Zunächst ließ er sich aber für die sofort zu verauslagenden Stempelbeträge für die Provisionscheine verschiedene Geldsummen, im ganzen etwa 2500 Mark, geben. Von diesem Augenblick an hörten die Geschäftsleute nichts mehr von seiner Tätigkeit.

In Uebereinstimmung mit dem Staatsanwalt beschloß das Schöffengericht, daß mit Rücksicht auf die prinzipielle Bedeutung der Beweisanträge diese Angelegenheit restlos geklärt werden müsse. Zu einem neuen Termin am 11. Februar sollen sämtliche städtischen Beamten, die 1929 dem Grundstücksdezernat unter Stadtrat Busch angehört haben, sowie Frau Lüdicke und eine Reihe weiterer Zeugen geladen werden.

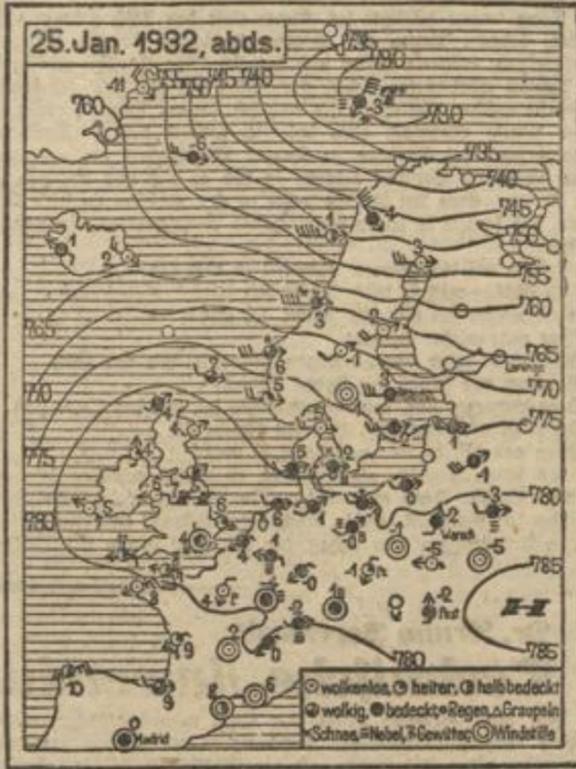
Die Schließung der Hochschule für Leibesübungen.

Die Hörschaft der Preussischen Hochschule für Leibesübungen in Spandau veranfaßte eine Protestkundgebung, in der gegen die durch die letzte Rotverordnung verfügte Schließung der Hochschule Stellung genommen wurde. Den Schluß der Kundgebung bildete die Verlesung eines Telegramms an die preussische Staatsregierung, in dem es heißt: „Die Hörschaft der Preussischen Hochschule für Leibesübungen erhebt mit Wiederbeginn ihrer Arbeit nach den Ferien einmütig schärfsten Protest gegen die auf Grund der Rotverordnung vom 23. Oktober v. J. beabsichtigte Schließung der Hochschule. Sie erkennt an, daß Notzeiten außerordentliche Sparmaßnahmen erfordern. Es erscheint ihr aber eine Maßnahme unverständlich, die sich zum Schaden für die körperliche Entwicklung der deutschen Jugend, insbesondere der Volksschuljugend, auswirken muß. Die Hochschule ist seit ihrem Bestehen als einzige staatliche Ausbildungsstätte für Turn- und Sportlehrer auf dem Gebiete der Leibeserziehung wegweisend gewesen. Die Hörschaft erwartet von der preussischen Staatsregierung, daß die Hochschule weiterhin in den Dienst einer planvollen Körperbildung unserer Jugend gestellt wird.“

Die 25. 181. Schull. (Sammelschule), Berlin N.O., Dichtmeyerstraße, Vofendorferstraße, ladet die Eltern und Interessierte zu folgenden Besprechungen ein: 28. Januar (Donnerstag) 18½—22 Uhr Eltern- und Schülerkonferenz, Orchester, idiomatische Länge. 29. Januar (Freitag) 18½—22 Uhr: Vorstellungen der Volksschule. 30. Januar (Samstag) 18—22 Uhr: Vorstellungen der Grundschule. 31. Januar (Sonntag) 10 bis 13 Uhr: Turnvorführungen. Eine Ausstellung gibt Einblick in unsere Schularbeit. Anmeldung von Schulanfängern findet täglich statt.

Unter Ervad Postamer Seiffen ist die nächste Veranstaltung des Postamer Volkshilfungsamts benannt, die am 3. Februar, 20 Uhr, in der Aula des Museums Pantom, Oberstr. 42, stattfindet.

Allgemeine Wetterlage.



Im Bereiche eines Hochdruckgebietes, das sich von Südwestrußland bis zu den Britischen Inseln hinzieht, gestaltete sich das Wetter am Montag weiterhin ruhig und niederschlagsfrei. Der Himmel blieb meist trübe, nur in Schlesien, im Saate Sachsen und am Niederrhein trat zeitweilig Aufhellung ein. In Süddeutschland war es bei schwacher Luftbewegung wieder neblig; in Norddeutschland war bei etwas stärker gewordener Luftbewegung die Neigung zu Nebelbildung merklich geringer als an den vorangegangenen Tagen; sie nahm hier erst wieder zu, als sich gegen Abend eine Front maritim-polarer Luftmassen von der Nordsee her wöherte. Das langgestreckte Hochdruckgebiet verlagerte seinen Schwerpunkt langsam weiter nach Nordwesten und Norden. Es ist daher wahrscheinlich, daß wir wenigstens zeitweilig in den schwachen westlichen Luftstrom auf seiner Nordseite kommen.

Wetterausichten für Berlin. Vorübergehend etwas milder, meist bewölkt, später abnehmende Bewölkung, keine nennenswerten Niederschläge, schwache nordwestliche Winde. — Für Deutschland. Im Norden etwas milder und geringe Niederschläge, sonst nirgends Veränderung des bestehenden Witterungscharakters.

Parteinachrichten für Groß-Berlin

Einsendungen für diese Rubrik sind stets an das Bezirkssekretariat Berlin S.W. 68, Lindenstraße 2, Hof, 2 Treppen rechts, zu richten.

Beginn aller Veranstaltungen 19½ Uhr, sofern keine besondere Zeitangabe!

1. Kreis. Das Erwerbslosendeum Wallenstr. 18 1/2 Uhr Mittwoch, 27. Januar, ab 19½ Uhr geöffnet. Sonnabend dortselbst 15½ Uhr heiterer Nachmittags mit Kindern zur Kasse.
7. Kreis. Donnerstag, 28. Januar, von 11—18 Uhr, in der Hofenstr. 4, Zusammenkunft der erwerbslosen Parteimitglieder: „Heiter Nachmittag“.
13. Kreis. Den Bildungsausschmittelliedern sind Karten für die Aufführung „Schönung“ per Post zugewandt. Die Karten müssen zeitlos umgelegt werden. Unverkaufte Karten werden nicht zurückgenommen. Abrechnung und weitere Karten bei Hagedorn, Partendirekt. Köpenicker Str. 42. — Die Filmmaliner: „Der Kampf um die Erde“ findet am 21. Februar in „Troick“ statt.
8. Kreis. Heute, Dienstag, 26. Januar, 19 Uhr, Funktionärskonferenz vor der Mitgliederbesprechung im Nationalhof.
27. Kreis. Heute, Dienstag, 26. Januar, Funktionärskonferenz bei Ufert, Steinstraße 56.
28. Kreis. Wegen der Sportplatz-Rundgebung am 27. Januar findet unsere Mitgliederbesprechung am Donnerstag, 28. Januar, in den Rosina-Frieden, Pappelaß 13, statt. Jahresbericht und Raumhafen. Das Mitgliedbuch kein Zutritt!
32. Kreis. Donnerstag, 28. Januar, Funktionärskonferenz mit den Kreisvertretern bei Wolter, Kallert-August-Platz 22.
33. Kreis. Treffpunkt Mittwoch zur Rundgebung 19 Uhr Wittenbergplatz.
34. Kreis. Mittwoch, 27. Januar, 19 Uhr, Mitgliederbesprechung im „Selbstlosung“, Inhaber Karstank. Jahresbericht, Raumhafen.
31. Kreis. Wegen der Sportplatz-Rundgebung am 27. Januar findet unsere Jahresmitgliederbesprechung am Donnerstag, 28. Januar, um 19 Uhr, im Rathaus Treibendau statt. Berichte, Raumwahl.

35. Kreis. Donnerstag, 28. Januar, pünktlich 19½ Uhr, in der Schiller-Sportplatz, Zusammenkunft der jüngeren Parteimitglieder. „Grundlagen des Marxismus“, Referent: A. J. Hauer.
36. Kreis. Heute, Dienstag, 26. Januar, bei Reich, Knechtstr. 135, Funktionärskonferenz.
39. Kreis. Heute, Dienstag, 26. Januar, Mitgliederbesprechung in der Stadthalle am Büchsenweg in der Himmelspfortenstraße. Berichte, Raumwahl.
108. Kreis. Treffpunkt zur Sportplatz-Rundgebung am Mittwoch 18 Uhr Bohrerhof Spindlerfeld. Funktionärskonferenz bei Schöneberg.
122. und 143. Kreis. Freitag, 28. Januar, Zusammenkunft der jüngeren Parteimitglieder diesmal bei Ufert, Berlin oder Bohrerhofstraße. Distriktskonferenz über „Gegenwartsaufgaben der Sozialdemokratie“, Referent: Franz Wipflich und Karin Härtger. Schriftliche Einladungen ergehen nicht.
123. Kreis. Die Mitgliederbesprechung wird wegen der Sportplatz-Rundgebung vom 27. Januar auf den 3. Februar verlegt.

Bezirksauschuss für Arbeiterwohlfahrt.

28. Kreis Reinickendorf. Die Arbeiterwohlfahrt veranstaltet mit der freien Sportvereingung Egel am Sonntag, 31. Januar, 10½ Uhr, eine Radtour in der Rosina-Frieden, Vogel, Pappelaß. Karten sind bei allen Arbeiterwohlfahrtvereinigungen zu haben. Die Abteilungen werden gebeten, bis spätestens 28. Januar bei der Kreisleiterin abzurufen.

Arbeitsgemeinschaft der Kinderfreunde Groß-Berlin.

Heute, Dienstag, 19½ Uhr, Kreisleiterkonferenz in der Stadthalle, Lindenstr. 2, Hof 1. 2. Um pünktliches Erscheinen wird gebeten, das Haus wird um 20 Uhr geschlossen.
 Seminar: Donnerstag, 28. Januar, 19 Uhr, im Rathaus Rosin. Die Kreisleiter werden gebeten, bis Jahresberichte bis 28. Januar zurückzugeben.
 Winter. Eine Besprechung am Donnerstag, 28. Januar, fällt aus. Die Jahresberichte müssen umgehend an den Kreisleiter zurückgegeben werden.
 Wohnung: Der Wohnungsabend der Mitglieder fällt am Mittwoch aus. Donnerstag, 28. Januar, Generalversammlung im Jugendheim Wittenbergstr. 5, Zimmer 12. — Abt. Knechtplatz: Freitag Knechtplatz mit Lichtbildern im Jugendheim.
 Reinickendorf und Treptow: Wegen Verlegung des Seminars findet unser nächster Kreisabend Donnerstag, 4. Februar, statt. Der Treffpunkt zur Rundgebung im Sportplatz morgen, Mittwoch, 18½ Uhr, J. Bahndorf Rosin. — Abt. April Eisen: Elternbesprechung heute, Dienstag, 20 Uhr, in der Spinnerei am Bergplatz. — Abt. Lichtbühnen: Elternbesprechung heute, Dienstag, 20 Uhr, Barock-Großhofstraße.
 Veranoer Berg und S.W.: Dienstag 20½ Uhr Arbeitergemeinschaft der Kreisleiter über „Psychologie des Kindes“, Vortrag: Genoffe Ullrich. — Abt. Ritter Ullrich, Kottbuser U.: Dienstag Tagespolitik, Freitag Kottbuser.

Sozialistische Arbeiterjugend Groß-Berlin

Einsendungen für diese Rubrik nur an das Jugendsekretariat Berlin S.W. 68, Lindenstraße 2, Hof 1 Treppen rechts.
 Wir beteiligen uns pünktlich an der Rundgebung der Partei am Mittwoch, dem 27. Januar, im Sportplatz. Alle anderen Veranstaltungen sollen aus. Jedem zum Führerium mitbringen. Wir sagen als S.A.J., darum muß jeder erscheinen. Treffpunkt hinter dem Reuterplatz. Gegen S.A.J.-Mitgliedschaft Eintritt frei.

Für das Jubiläum in der Volkshilfe am 26. Januar und für das Jubiläum Rotines am 14. Februar sind noch einige Karten im Sekretariat zu haben.

Heute, Dienstag, 26. Januar, 19½ Uhr.

1. Kreis: Elisabethstr. 19: „Schlingensiefel“. — Generalstaatshaus: Köpenicker Str. 52: Glockener-Abend. — 2. Kreis: Wilmersdorf: 18: „Bühnen-Gebäude“. — 3. Kreis: Kottbuser Str. 18: „Wilhelms Geburtstag“. — 4. Kreis: Kottbuser Str. 2: „Der Weltkrieg und seine Opfer“. — 5. Kreis: Kottbuser Str. 2: „Der Weltkrieg und seine Opfer“. — 6. Kreis: Kottbuser Str. 2: „Der Weltkrieg und seine Opfer“. — 7. Kreis: Kottbuser Str. 2: „Der Weltkrieg und seine Opfer“. — 8. Kreis: Kottbuser Str. 2: „Der Weltkrieg und seine Opfer“. — 9. Kreis: Kottbuser Str. 2: „Der Weltkrieg und seine Opfer“. — 10. Kreis: Kottbuser Str. 2: „Der Weltkrieg und seine Opfer“. — 11. Kreis: Kottbuser Str. 2: „Der Weltkrieg und seine Opfer“. — 12. Kreis: Kottbuser Str. 2: „Der Weltkrieg und seine Opfer“. — 13. Kreis: Kottbuser Str. 2: „Der Weltkrieg und seine Opfer“. — 14. Kreis: Kottbuser Str. 2: „Der Weltkrieg und seine Opfer“. — 15. Kreis: Kottbuser Str. 2: „Der Weltkrieg und seine Opfer“. — 16. Kreis: Kottbuser Str. 2: „Der Weltkrieg und seine Opfer“. — 17. Kreis: Kottbuser Str. 2: „Der Weltkrieg und seine Opfer“. — 18. Kreis: Kottbuser Str. 2: „Der Weltkrieg und seine Opfer“. — 19. Kreis: Kottbuser Str. 2: „Der Weltkrieg und seine Opfer“. — 20. Kreis: Kottbuser Str. 2: „Der Weltkrieg und seine Opfer“. — 21. Kreis: Kottbuser Str. 2: „Der Weltkrieg und seine Opfer“. — 22. Kreis: Kottbuser Str. 2: „Der Weltkrieg und seine Opfer“. — 23. Kreis: Kottbuser Str. 2: „Der Weltkrieg und seine Opfer“. — 24. Kreis: Kottbuser Str. 2: „Der Weltkrieg und seine Opfer“. — 25. Kreis: Kottbuser Str. 2: „Der Weltkrieg und seine Opfer“. — 26. Kreis: Kottbuser Str. 2: „Der Weltkrieg und seine Opfer“. — 27. Kreis: Kottbuser Str. 2: „Der Weltkrieg und seine Opfer“. — 28. Kreis: Kottbuser Str. 2: „Der Weltkrieg und seine Opfer“. — 29. Kreis: Kottbuser Str. 2: „Der Weltkrieg und seine Opfer“. — 30. Kreis: Kottbuser Str. 2: „Der Weltkrieg und seine Opfer“. — 31. Kreis: Kottbuser Str. 2: „Der Weltkrieg und seine Opfer“. — 32. Kreis: Kottbuser Str. 2: „Der Weltkrieg und seine Opfer“. — 33. Kreis: Kottbuser Str. 2: „Der Weltkrieg und seine Opfer“. — 34. Kreis: Kottbuser Str. 2: „Der Weltkrieg und seine Opfer“. — 35. Kreis: Kottbuser Str. 2: „Der Weltkrieg und seine Opfer“. — 36. Kreis: Kottbuser Str. 2: „Der Weltkrieg und seine Opfer“. — 37. Kreis: Kottbuser Str. 2: „Der Weltkrieg und seine Opfer“. — 38. Kreis: Kottbuser Str. 2: „Der Weltkrieg und seine Opfer“. — 39. Kreis: Kottbuser Str. 2: „Der Weltkrieg und seine Opfer“. — 40. Kreis: Kottbuser Str. 2: „Der Weltkrieg und seine Opfer“. — 41. Kreis: Kottbuser Str. 2: „Der Weltkrieg und seine Opfer“. — 42. Kreis: Kottbuser Str. 2: „Der Weltkrieg und seine Opfer“. — 43. Kreis: Kottbuser Str. 2: „Der Weltkrieg und seine Opfer“. — 44. Kreis: Kottbuser Str. 2: „Der Weltkrieg und seine Opfer“. — 45. Kreis: Kottbuser Str. 2: „Der Weltkrieg und seine Opfer“. — 46. Kreis: Kottbuser Str. 2: „Der Weltkrieg und seine Opfer“. — 47. Kreis: Kottbuser Str. 2: „Der Weltkrieg und seine Opfer“. — 48. Kreis: Kottbuser Str. 2: „Der Weltkrieg und seine Opfer“. — 49. Kreis: Kottbuser Str. 2: „Der Weltkrieg und seine Opfer“. — 50. Kreis: Kottbuser Str. 2: „Der Weltkrieg und seine Opfer“.

Vorträge, Vereine und Versammlungen

Reichsbanner „Schwarz-Rot-Gold“.

Geschäftsstelle: Berlin S. 14, Eckstr. 37—38, Hof 2 R.
 Charlottenburg (Dionorein): Dienstag, 26. Januar, Generalversammlung im Orpenplatz, Charlottenburg, Kottbuser Str. 14.
 Berichte, Wahlen, Buchkontrolle. — Reinickendorf: Mittwoch, 27. Januar, Vortrag: 19½ Uhr Heimabend Jugendheim Reichstr. 19. — Friedrichshagen (Dionorein): Dienstag, 26. Januar, 20 Uhr, Mitgliederbesprechung im Schmidt-Gesellschaftshaus, Friedrichstr. 28a. Tagesordnung: „Mittwoch“, Disziplin, Anstellung. — Kreuzberg, Rosinendort: 1: Mittwoch, 27. Januar, 18 Uhr, Sportplatz zur Außenkontrolle.

Verband „Ehrenretter“ e. V., S. 14 Berlin. Offizieller Versammlung am Mittwoch, 27. Januar, 20 Uhr, in den „Einheits-Vereinen“, Berlin C. 2, Neue Brunnens 9—10, am Bohrerhof.
 Volksgesundheitsverein Berlin e. V., Abt. Einheitsvereine. Regelmäßige Arbeitssabende jeden Montag, Dienstag, Donnerstag und Freitag von 19½ bis 21½ Uhr im Volkshilfungsgebäude, Rosinendort Str. 25—26, 2. Stock, Zimmer 10. Auch für Biologie, Anfänger-Vorbildungs- und Arbeitskreise! Der nächste Winterkurs beginnt am 8. Februar. Gebühr für den ganzen Kurs um 3 Mark.

Was sagt der Bär?

JUNO

Berlin raucht Juno!

6 Stück 20

JOSETTI JUNO

JOSETTI JUNO

url Mariens: Der Lebenslängliche

Am Tage nach seiner Einlieferung ins Zuchthaus wurde der verurteilte Künze vom Aufseher beim Morgenrundgang unter der Bettstatt, auf dem Boden der Zelle liegend aufgefunden, den Kopf mit der Decke verhüllt. Der Aufseher rückte das Bett beiseite und zog die Decke zurück; Künze starrte ihn ausdruckslos an. Auf die Frage, was das bedeuten solle, gab er keine Antwort, sondern drückte die Knie gegen den Leib und setzte allen Bemühungen, ihn aufzurichten, stummen Widerstand entgegen.

Der Arzt, dem darüber Meldung erstattet wurde, erklärte ihn für einen Simulanten. Trotzdem ließ der Vorgang jede Nacht wiederholte, sah man zunächst von irgendwelchen Maßnahmen ab.

Als Dr. Kersten, der Leiter des Zellenhauses, den Künze vorgelegt bekam, fiel ihm weniger die Härte der Strafe, lebenslängliches Zuchthaus wegen Mordmordes, auf, als der eigenartige Umstand, daß ein Mann, der selbst den Tod gesucht hatte, vor der Hinrichtung durch „Begnädigung“ bewahrt worden war.

Es handelte sich um eine jener nicht seltenen Altsdatastrophen, wo ein völlig Zusammengebrochener, ein überschuldeter, von den Gläubigern bedrängter Handwerker, zur Nachtzeit den Gasthahn geöffnet hatte, um gemeinsam mit seiner Frau in den Tod zu gehen. Er selbst war ins Leben zurückgerufen worden, bei der Frau kam jede Hilfe zu spät. Ungelöst war die Frage geblieben, ob die Ehefrau aus eigener Absicht oder ahnungslos ihr Ende gefunden hatte. Doch da der Angeklagte glaubhaft versicherte, die Tat ohne ihre Einwilligung mit Vorbedacht begangen zu haben, und die Geschworenen die Schuldfrage bejahten, mußte nach dem Befehl auf Todesstrafe erkannt werden.

Dr. Kersten ließ sich den Gefangenen vorführen. „Kommen Sie, Künze“, sagte er. „Setzen Sie sich zu mir und sprechen Sie sich einmal ruhig aus. Sie haben um Einzelhaft gebittet. Möchten Sie nun doch vielleicht hinüber zu den anderen?“ Der Sträfling schüttelte erschrocken den Kopf.

„Ich verstehe, Sie müssen sich erst eingewöhnen. Das ist schwer, wir Beamten wollen ein Übriges dazu tun; nur Ihren guten Willen brauchen wir.“

„Bleibt nicht“ wandte Künze finster ein. „Lann nicht mehr leben.“ „Doch! Hier sind Sie ja endlich Ihre Sorgen los, haben Unterkunft und tägliches Brot. Es kommt nur darauf an, daß Sie das anerkennen und alles Frühere zu vergessen suchen.“

„Kann ich nicht. Hungerrikel will ich werden.“ „Sie sind begnadigt worden, dagegen läßt sich nichts machen. Scheinen im Grunde ein ganz braver Kerl zu sein, niemals vorbestraft. Auch im Zuchthaus läßt sich's anständig und erträglich leben.“

„Ich kann nur sein, wo meine Frieda ist.“ „Ihre Frau, die Frieda, können Sie um sich haben, wenn Sie nur immer liebevoll an sie denken. Mit der Erinnerung rufen Sie die Tote in Ihr eigenes Leben zurück.“

Der Gefangene horchte auf, stiegte, versuchte zu begreifen. „Wird sie zu mir wollen — hierher?“ fragte er endlich zwischen Zweifel und Hoffnung.

„Wenn sie so an Ihnen hängt wie Sie an ihr, warum nicht? Neben Sie mit ihr. Sicher wird Sie ihnen verzeihen und ihr Gewissen entlasten.“

Die beiden Männer trennten sich mit einem Händedruck. Der Gefangene stellte von da ab seinen Unfug mit der Bettstatt ein, dafür hatte die Wache von neuen Unvorsichtigkeiten zu berichten; mit geschlossenen Augen brückte er sich an der Wand seiner Zelle entlang, wobei er unverständliche Worte vor sich hin murmelte; bei der Bewegung im Freien rings um den Rasenplatz irrte er oft aus der Reihe, blieb ratlos stehen oder schaukelte ohne ersichtlichen Grund. Seine Arbeit in der Tischlerei, zu der er als gelernter Zimmermann beordert worden war, verrichtete er müßig und mit Gehässigkeit, doch mit verflörter, geistesabwesender Miene. Man sah sich das eine Weile an; als es nicht besser wurde, ließ ihn der Arzt zur Beobachtung in die Heilanstalt überführen. Dort blieb sein Verhalten das gleiche. Da indes die Symptome zur Diagnose des Irrens nicht ausreichten, kam er als Irrenheilungsfähiger in das Zuchthaus zurück, diesmal in Gemeinschaftshaft.

Der Pfarrer bemühte sich um ihn, ohne jeden Erfolg. Künze ließ sich auf ein Gespräch mit dem salbungsvollen alten Herrn überhaupt nicht ein. Er verlangte zurück in seine Zelle und versprach, sich zusammenzunehmen, wenn man ihm nur seine Ruhe ließe. Dr. Kersten erwiderte ihm vom Direktor die Erlaubnis dazu, befreite ihn aus Mitleid mit dem Arbeitsamt und ließ ihn statt dessen still für sich mit Talentleuten und Schmirndrehern seine Zeit verbringen, eine mechanische Beschäftigung, die seiner Verunsicherung am besten zu entsprechen schien.

Die Fenster der neuen Zelle gewährten freien Ausblick auf Wiesen und Felder, die oft von Sandbeuten und weidenden Vieh belebt waren. Morgenjonne schien herein, Vögel sangen trillernd auf, zuweilen zog mit fernem Getöse ein Flugzeug vorüber; die Welt der Freiheit und des menschlichen Tagewerks breitete sich herausfordernd vor ihm aus. Allein sie lockte ihn nicht, sie störte ihn nur. In einer Sprechstunde des Abteilungsleiters bat Künze um Verleihung in ein Holzgelaß, zugleich auch um Schreibpapier und Stift.

„Das können Sie haben“, sagte Dr. Kersten, „wenn Sie mir versprechen, sich weiter gut zu führen und nicht nur verzweifelte Gedanken nachzuhängen.“

„Bin nicht mehr verzweifelt“, gab Künze klaren Blickes zur Antwort. „Kann nur die Menschen und all den Kram da draußen nicht mehr vertragen.“

„Schon recht, daß Sie sich in der kleinen Welt hier, hinter unseren engen Mauern einzurichten suchen. Deswegen aber brauchen Sie die draußen nicht zu hassen. Mit Groll und Haß wüten Sie nur gegen sich selbst und richten sich innerlich vollends zugrunde.“

„Deswegen? Nein, weil sie einen erst nicht leiden lassen und dann auch das Sterben noch vorleben! Reichen mich zurück in das Hundeleben — wozu? Nur um mich einzusperrn! Die Frieda auf den Schindanger und mich ins Zuchthaus! Von können wir schauen, wie wir wieder zusammenkommen.“

„Ihr Unselb, lieber Künze, ist über alle Maßen. Niemand wird Ihnen sein Mißgefühl verzeihen. Aber uns alle regiert das Gefühl, das aufgestellt ist zum Schutze des Lebens. Auch in der ärgsten Not durften Sie über das Leben Ihrer Frau nicht frei verfügen.“

„Weiß schon. Sollte sie lieber langsam verhungern lassen. Nur gut, daß wir keine Kinder seligten, die hätten auch dron glauben müssen. Aber die Frieda hat immer gesagt, mein Kind bist du, und ich bin deins, wir zwei Welde sind uns genug.“

Die Gefangenen, besonders die in Einzelhaft, haben einen unüberwindlichen Drang zum Reden. Jede Gelegenheit benutzen sie ausgiebig, am liebsten natürlich mit ihresgleichen; aber auch die Aufseher und höheren Vorgesetzten müssen dazu herhalten. Bei Künze brach es noch den ersten Monaten vergrübelter Schwermut wie aus geborstenem Staudamm hervor. Nur ergoß sich der Blick seines wütend brennenden Blickes und manischen Verlangens nicht in der Richtung fremder Ohren, sondern in den leeren Raum. Mit Menschen seiner Umgebung sprach er nur das Nötigste, Wesent-

liches, nämlich alles, was ihn zufließt bewegte, murmelte, rief und schreie er in der Einsamkeit seiner kalten Mauern bald stöhnend und stammelnd, bald in langem, überhitztem Wortschwall vor sich hin. Der Wächter draußen an der Tür vermochte keinen Sinn zu erlauschen; lugte er durch den „Spion“, so sah er den Häftling mit langen Schritten und heftigen Gebärden auf und nieder schlürfen, zuweilen auch festgewurzelt ins Seere starren und Gespräche führen mit einer Person, die nicht zugegen war.

Dann immer häufiger sah Künze über den Tisch gebeugt und schrieb, bedeckte Bogen auf Bogen mit seinen kindlich fahigen Schriftzügen, blätterte zurück und las sich seine Ergüsse gebämpt, im Tonfall inbrünstiger Gebete vor. Man ließ ihm das Geheimnis dieses schriftlichen Verkehrs. Die vorgeschriebenen Bogen verbrag er unter seinem Strohhack, ohne daß sich jemand darum kümmerte. Einmal fand der Aufseher in Künzes Abwesenheit ein einzelnes Blatt unter der Bettstatt gewahrt; er hob es auf und übergab es Dr. Kersten. Eine Art Gedicht stellte es vor, gerichtet an seine tote Frau, und lautete in seiner mangelhaften Rechtschreibung folgendermaßen:

„Gestern auf dich gewart. Konntest du nicht los?
Hält Gelster reich so fest? Ich se dich heute.
Bleib wieder bei mir diese Nacht! Oh Glück!
Über nicht wieder weinen!
Bild ich in deine dunklen Augen, zerpringt mir das Herz.
So mach nur schnell, die Stunde kommt.
Dein schwarzes Har, dein braunes Aug soll mir das Tema sein.
Du liebst mich noch, das ist mein Ehrenkleid.
Ganz nah bist du mir und dabei so weit.“

Es schien wirklich, als empfinde er nachts zuweilen den ersehnten Besuch. Denn an manchen Morgen trat er dem Aufseher, der ihm das Frühstück brachte, munter und gestrafft entgegen, erging sich in Andeutungen vom Spök, der den Weg durchs Schlüsselloch

fände, zitterte die „heimliche Liebe, von der niemand nichts weiß“, und hat, den anderen nichts zu verraten.

Auch Zeichnungen warf er aufs Papier, teils ein Durcheinander landhafter Eindrücke, bewaldete Hügel, Pfade durch wogendes Korn, einen Kochen auf stillem Beilher, teils aber hand beständiges Mobiliar und Hausrat, eine Küche mit peinlich ausgeführtem Zubehör, ein Doppelbett mit hohen Postern, die Bettstatt eines Zimmermanns, wohl das Abbild der eigenen.

Selch ein Blatt landte er sogar einmal dem Dr Kersten in seiner Huldigung. Da stand in einer freundlichen Kleinbürgerstube — an den Fenstern weiße Gardinen, Familienbilder an der Wand — der Tisch gedeckt. Zwei Menschen, nur durch Striche mit Köpfen dargestellt, der eine von langem Haar umflattert, sahen sich daran gegenüber, das Ganze eingerahmt von einem Strahlenkranz. Darunter hatte er geschrieben: „Herrn Doktor in Dankbarkeit und Friede läßt grüßen.“

So gewann sich der Strafgefangene Künze die eheliche Gemeinschaft mit der geliebten Frau, von der man ihn im Tode grausam genug getrennt hatte, Schritt für Schritt zurück. Da er sie in seiner Zelle schließlich immer um sich wußte, wurde er heimlich in der Haft und fand nichts Schreckliches, vielmehr nur Trost und Beruhigung in dem Gedanken, daß er vor der Freiheit, die für ihn gleichbedeutend war mit Kempt und Rot, mit einflamer, raskoffer Irrfahrt durch je'ndliches Menschengewühl, für immer bewahrt blieb.

Er ahnte nicht, daß seine Nachhaber die neue, verhängnisvollere Begnadigung schon in Erwägung zogen; nach Ablauf von fünf Jahren sollte ihm der Rest der Strafe erlassen werden.

Nach dämmert er friedlich vor sich hin, vertraut mit seinem abgeschlossenen Raum, mit seiner eintönig tropfenden, unnehmbaren Zeit, vertraut mit Schemel, Tisch und Lagerstatt, die der Schatten der Gefährtin mit ihm teilt.

Wenn ihm die Gnadenbotschaft überbracht wird, mag es wohl geschehen, daß er sich wiederum verzweifelt dagegen sträubt und die wohlwollenden Herren anleht, dem Rechte seinen Lauf zu lassen. Es wird ihm nichts helfen. Niemals wird er verstehen, daß Gnade härter sein kann als Recht, und Freiheit mörderischer Zwang.

Dr. Bruno Borchardt:

Technische Anwendung der Relativitätstheorie

Für viele Menschen besteht der Wert wissenschaftlicher, insbesondere naturwissenschaftlicher Forschung in der dadurch erlangten Beherrschung der Naturkräfte und der Möglichkeit, sie für technische Zwecke nutzbar zu machen. Unzweifelhaft haben sich die verschiedenen Wissenschaften auch in engem Zusammenhang mit den menschlichen Bedürfnissen und der Möglichkeit ihrer Befriedigung entwickelt, aber ebenso unzweifelhaft beruht die Forscherfähigkeit und der Fortschritt der Wissenschaft auf dem tiefen Drang nach Erkenntnis ohne jede Rücksicht auf etwaigen technischen Nutzen. Wie bei den bedeutendsten Leistungen der fernsten und fernsten Vergangenheit sehen wir das auch bei den wissenschaftlichen Errungenschaften der erst kürzlich dahingegangenen und der noch lebenden Generation. So wenig, um nur einige hervorragende Beispiele zu nennen, Faraday bei der Erforschung der elektrischen Induktion an die Möglichkeit der elektrischen Kraftmaschinen dachte und Heinrich Hertz bei der Darstellung elektrischer Wellen an ihre Anwendung zur Nachrichtenübermittlung im modernen Funkwesen, so wenig dachte auch Albert Einstein bei der Aufstellung und Weiterentwicklung des auf der Relativitätstheorie beruhenden Weltbildes an die Möglichkeit irgendeiner technischen Anwendung. Und doch scheint auch diese vollkommen abstrakte Lehre, deren Verständnis so vielen mangels genügender mathematischer und physikalischer Vorbildung unmöglich ist, jetzt schon, nach nicht dreißig Jahre nach ihrer ersten Begründung, praktische Anwendung in der Technik finden zu können.

Nach der Relativitätstheorie besteht gegenseitige Verwandtschaft von Energie und Masse, so daß durch Aufnahme von Energie die Masse eines Körpers vermehrt, durch Abgabe von Energie vermindert werden muß, und Einstein konnte berechnen, um was für Beiträge es sich dabei handelt, die sich allerdings als so winzig ergaben, daß sie sich der Beobachtung entzogen. Das weitere führten neuere Untersuchungen in der Lehre vom Licht auf Erscheinungen, die sich nicht mit der überkommenen Anschauung verhalten ließen, daß das Licht auf einer Wellenbewegung im sogenannten Äther beruht, die vielmehr nur verständlich wurden, wenn das Licht aufgefaßt wurde als ein Schwarzes Äußerst kleiner und schnell bewegter materieller Teilchen, die man Lichtquanten nannte. Es ergab sich daraus der merkwürdige und jedem nach einheitlicher Naturauffassung Strophen geradezu unerträglich Zustand, daß eine ganze Reihe von Lichterscheinungen nur durch eine Wellentheorie, eine andere nur durch eine Quantentheorie des Lichtes begriffen werden konnte. Eins Ausgleich fand der französische Physiker Louis de Broglie, indem er zeigte, daß auch materielle bewegte Teilchen sich verhalten könnten wie eine Welle, und dann lehrte, aus der Masse und Geschwindigkeit bewegter Teilchen die Wellenlänge der an sie geknüpften Welle zu berechnen. Bekanntlich wurde er für diese Leistung vor wenigen Jahren mit dem Nobelpreis für Physik ausgezeichnet.

Zur experimentellen Prüfung der von de Broglie angegebenen Formel eignen sich besonders die kleinsten und bekannsten Materieteilchen, die Elektronen oder Atome negativer Elektrizität. Stellt man eine positiv elektrisch geladene Platte einer negativ geladenen gegenüber, so wird der zwischen ihnen befindliche Raum von elektrischen Kräften beherrscht, er bildet ein elektrisches Feld von bestimmter Stärke, die von der elektrischen Spannung der Platten abhängig ist, und in einem solchen Felde bewegen sich die Elektronen mit um so größerer Geschwindigkeit, je stärker der Spannungsunterschied der Platten, also die Stärke des Feldes ist.

Zur Prüfung der de Broglieschen Formel brachte der deutsche Physiker E. Rupp die Feldstärke oder den Spannungsunterschied der das Feld erzeugenden Platten auf 220 000 Volt und ließ die Elektronen zur Bestimmung der Wellenlänge der mit ihnen verbundenen Welle ein dünnes Goldblättchen durchdringen. Dann erleidet die „Elektronenwelle“ an den einzelnen Goldatomen eine Beugung in derselben Weise wie eine Lichtwelle an den scharfen Rändern einer sehr engen Öffnung oder wie eine Wasserwelle an im Wasser befindlichen Pfählen. In einzelnen Richtungen verstärken sich die austretenden Wellen, in anderen schwächen sie sich, und eine in den Weg der Elektronen gestellte photographische Platte zeigt dann abwechselnd helle und dunkle Ringe, aus deren Abstand sich ohne weiteres die Länge der Elektronenwelle ergibt.

Auf diese Weise konnte Rupp die Wellenlänge der Broglieschen für sehr große Geschwindigkeiten als vollkommen zutreffend bestätigen und erhielt zugleich eine weitere Bestätigung auch der Relativitätstheorie, denn für die Masse so rasch bewegter Teilchen mußte der Wert eingesehen werden, den Einstein aus seiner Theorie erschlossen hatte, und der zufolge der Energie der so schnell dahin fliegenden Teilchen einmahlmal so groß ist als ihre „Ruhmasse“.

Was haben aber nun diese recht komplizierten und mit großer Beobachtungskunst durchgeführten Versuche, die doch nur dem Vermögen entspringen, Klarheit über das Zutreffen der Einsteinschen und de Broglieschen Grundanschauungen zu erlangen, mit praktischer Anwendung in der Technik zu tun?

Nun, wie wir einer Darstellung in der naturwissenschaftlich-technischen Zeitschrift „Die Umschau“ entnehmen, können Spannungen von 220 000 Volt und darüber, mit denen in der Technik heute bereits ganz regelmäßig gearbeitet wird, nur auf sehr unständlichem Wege mit einer Genauigkeit bis zu 1 Prozent bestimmt werden. Statt dessen wird aber in Zukunft nur das Photographieren nach dem Verfahren von Rupp zur Bestimmung der Wellenlänge der Elektronen nötig sein, und dann ergibt sich aus den Formeln von de Broglie und Einstein die elektrische Spannung ohne weiteres mit der überaus großen Genauigkeit, die der Messung der Wellenlängen zukommt.

Das ist ein bescheidener Anfang einer technischen Anwendung, deren Ende nicht abzusehen ist. Doch wir wiederholen, was schon zu Anfang gesagt wurde: Die Bedeutung und die Wertschätzung der Arbeiten von Einstein und de Broglie liegt keineswegs in etwaigen technischen Anwendungen, an die sie gar nicht gedacht haben und gar nicht denken konnten, sondern in den Aufschlüssen, die sie uns in der Auffassung über die uns umgebende Natur gebracht haben.

Richard Wagner in London

Eine anschauliche Schilderung von Wagners Persönlichkeit wird in der „Morningpost“ von einem alten Herrn veröffentlicht, der Gelegenheit hatte, ihn bei seinem letzten Besuch in London vor 54 Jahren aus der Nähe zu beobachten. Wagner wohnte bei seinem Impresario Dannreuther in einem noch heute stehenden kleinen Haus am Drury-Square und ging mit seinem Wirt im Gärtchen des Hauses spazieren. Hier sah ihn der Verfasser: „Er war damals in seinem 64. Jahre, aber seine kleine außerordentlich bewegliche Gestalt zeigte nur wenig Spuren des höheren Alters. Eine malerische Figur war er, mit dem markanten Kopf und dem ergrauten Haar, das aus einer Samtkappe hervorquoll, die ja so bekannt ist und nach ihm benannt wurde. Die tiefen Augen funkelten von Feuer, und die scharfen Linien seines Gesichts mit den stark betonten Backenknochen verrieten den unbezwinglichen Kämpfergeist dieses Mannes. Der lockere Kragen mit der flatternden Seidenschleife, der von seinem Hals zurückfiel, und der leichte Mantel, der um ihn wehte, erhöhten den Eindruck des Künstlerums, der von dieser Gestalt ausging. Mit raschen nervösen Schritten ging er auf und ab und sprach auf seinen Begleiter ein mit einer unauffälligen Redefertigkeit und mit heiligen dramatischen Gebärden. Diese vulkanische Kraft, die bei seinen friedlichen Spaziergängen schon so ungehemmt losbrach, steigerte sich dann noch, als ich ihn einige Tage später in der Albert Hall dirigieren sah. Mit der zauberhaften Wucht seines Taktstodes gestaltete er den „Walkürenritt“ zu einer so ungeheuren Wirkung, wie ich sie seitdem nie wieder erlebt habe.“

Wie alt wird ein Zeitungsblatt?

Die Zeitungswissenschaft, die in letzter Zeit einen so hohen Aufschwung genommen hat, legt besonderen Wert auf die Aufbeziehung der Zeitungen, die eine so wichtige Wissensquelle bilden, aber in unseren Zeiten des Holzspapieres ist das Zeitungsblatt einem frühen Untergange geweiht, und man zerbricht sich jetzt, nicht nur bei uns, sondern auch in England und Amerika, den Kopf, um das beste Verfahren herauszubekommen, das der Zeitung ein langes Leben sichert. In dem Reglerlaboratorium der Vereinigten Staaten sind nun Untersuchungen angestellt worden, die sich mit der gegenwärtigen Lebensdauer eines Zeitungsblattes beschäftigen. Dabei kam man zu dem traurigen Ergebnis, daß alle amerikanischen Zeitungsblätter, die in den Jahren 1873 bis 1927 gedruckt wurden, dem raschen Untergang geweiht sind. In der Zeit von 1870—1875 vollzog sich nämlich der Übergang von dem Baumwoll- und Leinwandpapier zu dem Papier, das aus Holz, aus Stroh oder Gras hergestellt wurde. Diese Erzeugnisse besitzen aber keine längere Dauer. Erst im Jahre 1927 entschlossen sich einige Zeitungen die auf ein langes Fortleben Wert legten, einige Stücke aus Lumpenpapier anzulegen, und diese kommen in die öffentlichen Bibliotheken, wo sie Jahrhunderte überdauern werden. Für die Lebensdauer der Zeitung ist entscheidend, welches Verfahren der Papierfabrikation angewendet wird. Auch Lumpen- und Leinwandpapier zerfällt sehr rasch, wenn es trocken, bevor eine chemische Reinigung erfolgt ist. Unter den verschiedenen Verfahren, die zur Erhaltung des modernen Papiers vorgeschlagen wurden, wird als die beste empfohlen, auf die Zeitungsblätter der einzelnen Bände mit Stärke festes japanisches Seidenpapier anzukleben. Auf diese Weise verleiht die New-Yorker öffentliche Bibliothek den von ihr bewahrten Zeitungen Dauer, aber diese Methode ist recht kostspielig. Was eigentlich den raschen Zerfall des Papiers hervorruft, weiß man noch nicht genau. Die meiste Schuld tragen wohl die Unreinheiten, die bei der chemischen Behandlung übrig bleiben.

Die Tragödie der Bauwirtschaft.

80 Prozent Arbeitslose und keine Mark Hauszinssteuer für 1932. — Es muß gebaut werden!

Der deutsche Bauwerksbund hat seine neuesten Arbeitslosigkeitsziffern bekanntgegeben. Sie sind in der Gegenüberstellung mit der Entwicklung in den letzten drei Jahren ein Zeugnis von der grauenhaften Vermüdung die von der offiziellen Finanz-, Wirtschafts- und Wohnungspolitik in der deutschen Bauwirtschaft von 1929 bis Ende 1931 angerichtet worden ist.

Im Dezember 1931 waren im Deutschen Bauwerksbund 84,4 Proz. sämtlicher Mitglieder arbeitslos.

Der Höhepunkt der Arbeitslosigkeit liegt gewöhnlich im Februar. Im Februar 1932 wird man mit 92 bis 95 Proz. Arbeitslosen an Baugewerbe rechnen können.

Im ganzen Jahre 1931 ergibt sich im Baugewerbe eine durchschnittliche Arbeitslosigkeit von 68,7 Proz. Da im Jahre 1932 mit der Erleichterung öffentlicher Bauten überhaupt nicht, mit neuen Wohnungsbauten im kaum nennbaren Ausmaß, mit neuen Industriebauten ebenfalls kaum zu rechnen sein wird, sind 70—80 Proz. durchschnittliche Arbeitslosigkeit für 1932 kaum zu hoch geschätzt. Das ist für das Baugewerbe wirtschafts- und sozialpolitisch die Katastrophe.

Die Marktlücke des Katastrophenwegs.

Die Höhepunkte der bauwirtschaftlichen Beschäftigung liegen in den Monaten Juli und August; sie sind zugleich die Tiefpunkte der Arbeitslosigkeit. Der Stand der bauwirtschaftlichen Arbeitslosigkeit betrug 1929 noch 8,9 Proz., 1930 war er auf 38,1 Proz. gestiegen, 1931 hatte er sich auf 55,3 Proz. erhöht.

Der Jahresdurchschnitt der Arbeitslosigkeit im Baugewerbe, in dem Saisonrückfälle am stärksten sich auswirken, erhöhte sich von 29 Proz. im Jahre 1929 auf 47,6 Proz. im Jahre 1930 und auf 68,7 Proz. im Jahre 1931.

Mit der allgemeinen Konjunkturerholung kann diese tiefenhafte Schrumpfung der bauwirtschaftlichen Arbeitslosigkeitszahlen nicht erklärt werden; es handelt sich hier um eine echte Katastrophenkurve. Das zeigt folgende Gegenüberstellung:

| | 1929 | 1930 | 1931 |
|-------------------------------------|--------------|--------------|-------------|
| Arbeitslosigkeit im Baugewerbe | 29,0 Proz. | 47,6 Proz. | 68,7 Proz. |
| in den Konjunkturgruppen | 12,1 | 21,4 | 33,3 |
| Zahl der Arbeitslosen im Baugewerbe | 213 Tausende | 157 Tausende | 94 Tausende |
| in den Konjunkturgruppen | 264 | 236 | 200 |
| Mehrausfall im Baugewerbe | 51 | 79 | 106 |
| oder | 19,3 Proz. | 33,5 Proz. | 53,0 Proz. |

Die Zahl der noch Beschäftigten verringerte sich also in der Konjunkturgruppe des BDB. von 1929 bis 1931 im Jahresdurchschnitt von 27,9 auf 66,7 Proz., im Baugewerksbund aber von 21 auf 31,3 Proz. der Mitglieder, also im Tempo fast doppelt so schnell.

Der Mehrausfall an Arbeitstagen im Baugewerbe gegenüber der Beschäftigung im Konjunkturgewerbe hat sich von 1929 bis 1931 fast verdreifacht.

Die Rückwirkungen auf den Geschäftsumsatz der Gesamtwirtschaft und den Binnenmarkt sind außerordentlich: Für 1931 entstand im Baugewerbe gegen 1930 ein Umsatzausfall von 8,3 Milliarden, gegen 1929 ein Ausfall von 5,8 und gegen 1928 ein Umsatzausfall von 5,7 Milliarden Mark. Es ist klar, daß die Beschäftigungs- und Geschäftskatastrophe im Baugewerbe

wegen der Schlüsselstellung der Bauwirtschaft

Beschäftigung und Umsätze der Konjunkturgewerbe — in der Folge auch die Konkurrenzfähigkeit der Exportindustrie — um so stärker ausbleiben mußte, je schneller die Aushöhlung der Bauwirtschaft vor sich ging.

Die Öffentlichkeit hat sich bisher kaum Rechenschaft über diese Dinge gegeben. Es ist bisher noch wenig erkannt worden, daß im Jahre 1932, wenn die Dinge so weitergehen wie bisher,

Deutschland vor der Notwendigkeit einer Notstandsaktion für alle im Baugewerbe Beschäftigten stehen wird.

Das Erschütternde ist, daß das Verhängnis zwar mehr fahrlässig als bewußt, aber doch lebenden Auges, durch die Verantwortlichen für die Finanz- und Wirtschaftspolitik des Reiches herbeigeführt worden ist.

Es ist das Verdienst des Vorstandes des Deutschen Bauwerksbundes, in einer noch vor Erlass der vierten Notverordnung der Reichsregierung übergebenen Denkschrift die volle Verantwortung der Reichsfinanzpolitik für die Vermüdung der Bauwirtschaft festgestellt und diese Verantwortlichkeit auch systematisch nachgewiesen zu haben. Diese Denkschrift ist heute, wo das endgültige Erlöschen der Bauwirtschaft im Jahre 1932 und dem halb ernste und dringliche Aufgaben zur Förderung der Bauwirtschaft vor uns stehen, von allerhöchster Aktualität.

Wie an einem Feuchtigkeitsmesser kann das Steigen der Arbeitslosigkeit im Baugewerbe an folgenden Maßnahmen abgelesen werden:

| Jahr | Ereignis | Steigerung der Arbeitslosigkeit gegen das Vorjahr |
|------|---|---|
| 1929 | Der halbe Spareinlagenzuwachs für kommunale Umschuldung... | von 15,7 auf 29,0 Proz. |
| 1930 | Sozialversicherung stellt 300 Mill. für Finanzzwecke des Reiches. Realsteuererhöhung bis 375 Mill. aus dem Bauanteil d. Hauszinssteuer | von 29,0 auf 47,7 Proz. |
| 1931 | 20prozentige Senkung der Hauszinssteuer für Zinsen der Aufwertungshypotheken. Der kommunale Finanzbedarf wird aus dem Bauanteil der Hauszinssteuer gedeckt. Verbot der Erleichterung öffentlicher Bauten... | von 47,6 auf 68,7 Proz. |

Es sind, wie man sieht, ausschließlich innerwirtschaftliche und finanzpolitische Maßnahmen die die Bauwirtschaftskatastrophe herbeigeführt haben; Maßnahmen, die

im Zusammentreffen mit einer Weltwirtschafts- und Kreditkrise die allgemeinen Krisenwirkungen vervielfältigen mußten. Die Denkschrift des Bauwerksbundes läßt aber auch erkennen, daß

Denkfehler und Vorurteile, parteipolitische Kritik, Interessentenpolitik und Irreführung der öffentlichen Meinung.

nicht aber wirtschaftliche Zwangslagen der Finanzpolitik des Reiches zu diesem volkswirtschaftlichen Fiasko geführt haben.

Daß ein unabweislicher Wohnungs- und öffentlicher Baubedarf vorhanden sei, wurde von der Finanzbürokratie in Uebereinstimmung mit der falschen Theorie von der Unproduktivität öffentlicher Bauförderung schließlich verneint. Das geschah, obwohl keinerlei finanzielle Vorsorge für die Finanzierung der Bauintiative getroffen war, wenn die öffentlichen Regellen würde. Auf ein ganzes Jahrzehnt hinaus besteht dabei jetzt noch ein Bedarf von jährlich rund 300 000 Wohnungen. Der öffentlichen Kapitalbildung und verbilligenden, baufördernden öffentlichen Kapitalverwertung stand man ablehnend gegenüber, weil die Finanzbürokratie im Kielwasser der privaten Kapitalbildungspolitik schwamm. Die Ueberleitung der Bauintiative an die Privatwirtschaft wurde gefördert, die staatliche, verbilligende Bauförderung wurde als überflüssig erklärt, obwohl der Wegfall der billigen Hauszinssteuerhypotheken eine untragbare Mietenerhöhung bringen und das Bauen überhaupt unmöglich machen mußte; dabei drückte man sich — fast grundsätzlich — um die Lösung des Problems der zweiten Hypothek. Obwohl der Baumarkt und der Bauanteil der Hauszinssteuer die einzige Konjunkturerlöser für Krisenzeiten waren, wurden in relativ günstigen Konjunkturzeiten die Realsteuern auf Kosten der Hauszinssteuer gesenkt und schließlich den Kommunen der Rest der Hauszinssteuer zur Schadloshaltung für die steigenden Wohlfahrtslasten überantwortet. Den Hausbesitzerargumenten von der „Unerschwinglichkeit“ der Hauszinssteuer und von dem kapitalbildenden Charakter ihrer Aufhebung wurde Vorschub geleistet; die falschen Behauptungen der Enquetekommission von den Fehlinvestitionen im Wohnungsbau, die lächerlich sind gegenüber den Kapitalfehlleistungen in der Industrie, wurden aufgedeckt und erhielten den öffentlichen Segen der Regierenden, denen solche „Feststellungen“ willkommen waren. Man machte Reichswohnungsbauprogramme, denen die finanziellen Unterlagen fehlten oder denen man sie im weiteren Verlauf der Dinge entzog.

Das sind die niederdrückenden und anklagenden Schlußfolgerungen, die sich der Öffentlichkeit aus dem in der Denkschrift des Bauwerksbundes ausgebreiteten Material über die Verantwortlichkeiten an der katastrophalen bauwirtschaftlichen Entwicklung aufdrängen müssen.

Die Frage ist, was geschehen soll.

Auch hier gibt die Denkschrift eine Antwort, die auch und erst recht noch nach der vierten Notverordnung einen richtigen Weg weist. Die seit 1929 durchgeführte Preisgabe der öffentlichen Bauförderung muß als grundsätzlicher Irrtum erkannt werden.

Die Hauszinssteuer darf nicht beseitigt, der Bauanteil an der Hauszinssteuer muß weitgehendst wiederhergestellt werden; dazu gehört, daß eine Realsteuererhöhung auf Kosten der Hauszinssteuer als volkswirtschaftliche Unmöglichkeit erkannt wird. Weil 1932 keine einzige Hauszinssteuermarkt mehr zur Verfügung steht, muß der schon 1930 geplante Bauzwischenkredit des Reichs — mindestens 750 Millionen Mark — so schnell als möglich mobil gemacht werden. Um neue Wohnungsbauten vermietbarer zu machen, ist auf eine Reihe von Jahren die Tilgungsrate für Hypotheken auf 1/2 Proz. zu senken. Die wieder einzuführende Kapitalertragssteuer soll für baufördernde Zwecke referiert werden. Die Beschaffung nachstelliger Hypotheken ist vom Staate planmäßig zu organisieren.

Es mag offenbleiben, ob die Vorschläge des Bauwerksbundes ausreichend oder voll durchführbar sind.

Kein Zweifel ist jedenfalls, daß die Preisgabe der öffentlich-wirtschaftlichen Bauförderung ein finanz- und wirtschaftspolitischer Irrweg sowie eine konjunkturpolitische Torheit von unabsehbaren sozialen und allgemeinspolitischen Gefahren ist. Kein Zweifel ist auch, daß der fehlerhafte Zirkel der zunehmenden Umwandlung der Konjunkturindustrien durch die finanzielle Aushungerung des Baugewerbes sich 1932 und in den folgenden Jahren zur zunehmenden Gefährdung auch der Exportindustrie und schließlich der deutschen Zahlungsbilanz verschärfen muß; denn es ist eine Illusion, daß die private Banianisiklos mit ihren hohen Zinslasten die öffentliche wird ersetzen können, was ausreichend billiger ausländischer Kredit uns verpackt bleibt, was auf absehbare Zeit wahrscheinlich ist. Und es bleibt auch nicht mehr viel Zeit zur Einkehr, zur Umkehr und zu neuen Entschlüssen: Wenn das Jahr 1932 endgültig eine Dauerarbeitslosigkeit von 75 bis 80 Proz. im Baugewerbe gebracht haben wird, dann wird eine Umkehr in der Finanz- und Wirtschaftspolitik mit ungeheuren Mehrkosten bezahlt werden müssen. Es muß sofort Arbeit beschafft und gebaut werden.

Hungerpolitik am laufenden Band.

Nach der Butter geht auch die Margarine. — Wie lange noch Schiele-System?

Die Erhöhung des Butterzolls ist erreicht. Herr Schiele zeichnet einen großen Sieg. Aber es ist so, wie wir geschrieben und vorausgesagt, daß nämlich Zollerhöhungen und Einfuhrbeschränkungen den deutschen Butterpreis nur wenig steigern können, weil die Kaufkraft der städtischen Bevölkerung zu stark gesunken ist. 80 000 Tonnen weniger Einfuhr bringen keine Besserung der Preise, solange der Butterkonsum derart sinkt wie bis jetzt. Nur der Industrieexport wird zehntausend und hunderttausende neue Arbeitslose werden erzeugt. Trotzdem soll jetzt das Unerhörte geschehen, daß man durch Zölle auf Pflanzenöl und sonstige Margarineerzeugnisse die Margarine verteuert, um zum Mehrerwerb von Butter anzuregen. Außerdem sollen Valutazuschläge bei der Fleisch- und Vieheinfuhr erhoben werden.

Wiederum sind Valutazuschläge bei Fleisch und Vieh nicht deswegen gefährlich, weil die Fleischpreise erhöht werden könnten — schon im dritten Vierteljahr 1931 wurden 98 Proz. des Fleischbedarfs durch die deutsche Landwirtschaft gedeckt —, sondern weil durch sie der Industrieexport noch mehr gefährdet und die Arbeitsmöglichkeiten noch mehr verringert werden. In welchem Maße sich 1931 die Einfuhr an Vieh und Fleisch schon verringert hat, darüber folgende Ziffern:

| | 1930 | 1931 |
|----------------|---------|-----------------------|
| Rindvieh | 178 400 | nur noch 83 000 Stück |
| Schweine | 91 200 | erhöht auf 140 500 |
| Fleisch, Speck | | |
| Wurst | 653 800 | nur noch 551 800 |

Der Einfuhrüberschuß an Rindvieh und Fleisch ist also sehr beträchtlich gesunken, der Ausführüberschuß an Schweinen ist stark gestiegen. Die lächerlich geringe Einfuhr noch stärker verringern wollen, heißt um einer Illusion willen den Industrieexport weiter opfern.

Zoll — man möchte fast sagen gewöhnlich — sind aber die Pläne, durch Erhöhung der Zölle auf Schmalz, Talg, Tran und pflanzliche Öle eine Verteuerung der billigeren Konsumseite wie der Margarine erzwingen zu wollen. Auch bei diesen Margarineerzeugnissen ist die Einfuhr rückläufig. Insgesamt ist die Einfuhr an Fetten (ohne Butter) von 386 000 Tonnen im Jahre 1930 auf 354 000 Tonnen im Jahre 1931 gesunken. Wo trotz des Butterverbrauchsrückganges und der damit verbundenen Umwanderung zum Konsum billigerer Fette ist bis jetzt ein Rückgang um 10 Proz. gesunken. Wahrscheinlich ein Gradmesser für das Ausmaß des Stieges in Deutschland. Jetzt die Rohstoffe für die Margarine verteuern zu wollen, ist einfach unverantwortlich.

Aber der Plan ist auch absolut düllantisch, umsonst wird das Volk gequält, umsonst wird der Export gedroht. Kein Mensch wird deswegen mehr Butter essen, wenn das Preisniveau für Butter und Margarine erhöht ist. Der einzige Erfolg dieser neuen „Notmännischen Lot“ würde sein, daß der Arbeitslose auch am Sonntag, an dem einzigen Tag, an dem er sich vielleicht etwas Butter leistet kein Stückchen Butter mehr verzehren wird. Die Verteuerung der Fette bringt also der Landwirtschaft nicht den allergeringsten Nutzen.

Bisher hat man immer noch nichts davon gehört, daß der Reichswirtschaftsminister gegen solche Pläne Einspruch erhoben hätte. Hat Herr Warmbold alle Vernunft in landwirtschaftlichen

Dingen vergessen, die er früher manchmal zu bewerkeln schien und hat er vor seinem Kollegen Schiele schon alle Segel gestrichen? Es wäre sonst einfach nicht zu glauben, daß solche Pläne ernsthaft im Reichskabinett erörtert werden. Es muß ein Ende werden mit solcher die Bauern nur irreführenden Hungerpolitik gegenüber den Massen.

Infame Querstreiberien.

Die Konkurrenz sabotiert Betriebsaufnahme bei Brennabor

In der Gläubigerversammlung bei Brennabor-Brandenburg kam es am Montag zu häßlichen Auseinandersetzungen. Von einem Mitglied der im Gläubigerauschuß vertretenen Kinderwagenindustrie, der Konkurrenz von Brennabor, wurde Antrag auf Vertagung gestellt. Dieser Antrag stellt ein Konkurrenzmandat über die Art dar, denn damit wird der Versuch unternommen, die Betriebsaufnahme des Brennaborbetriebes in der Hochphase der Kinderwagenindustrie, Januar bis März, zu sabotieren.

Der Oberbürgermeister von Brandenburg wandte sich in schärfster Weise gegen diese Manöver, nachdem ein Mitglied der Familie Reichstein (Brennabor) die wahren Hintergründe des Vertagungsantrages dargestellt hatte. Dilemma schloß sich ein Bankenvorsteher an, der den Vergleichsvorschlag als angemessen bezeichnete. Jetzt kommt nach Wiederaufnahme des Betriebes alles auf rationale Arbeit an. In der Autoabteilung sei die Arbeit bereits im Gange und es wurde zur Zeit eine Serie Streifenwagen für die Berliner Schups gebaut.

Pfundschie und Schienenpandit. In dem Internationalen Schienenpandit, das nach Einbeziehung der Engländer und Amerikaner vor zwei Jahren zu einem Weltkartell ausgebaut worden ist, hat die Entwertung des Bundes zu einem scharfen Konflikt geführt. Die Mitgliedswerke aus Ländern mit Goldwährung haben sich durch die englischen Pfundwertungen, die infolge der anhaltenden Schwankungen der Pfundwährung zu zahlreichen Unterbietungen der Engländer im Gegenlag zum Kartellvertrag führten, schwer geschädigt. Bei den Verhandlungen innerhalb des Kartells zeigte es sich, daß die englischen Werke kein Interesse an einer Sprengung des Kartells haben, da sie sich bei der gegenwärtigen Lage von einer Ausweitung des Exports mit Hilfe eines Pfund-Dumpings weniger verschrecken als von den durch das Kartell geschafften Erlösen. Man hat sich daher innerhalb des Schienenkartells auf den Vergleich geeinigt, daß die Engländer zugunsten der Mitglieder aus Goldwährungsländern in den Fällen auf Geschäftsablässe verzichten, wo die Pfundschwankungen ihnen eine bessere Ausnutzung ihrer Kartellquote zum Schaden der übrigen Mitglieder ermöglichen.



Jetzt zu ermäßigtem Preise.

